

# Eübender Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Der „Eübender Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 4.50 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebengepaltene Zeile oder deren Raum 180 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 150 Pfg., Reklamen 500 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 118.

Dienstag, den 24. Mai 1921.

28. Jahrgang.

## Notenwechsel über Oberschlesien

### Eine französische Note.

Berlin, 23. Mai.

Der französische Botschafter hat am 19. Mai nachstehende Note dem Herrn Reichskanzler überhandelt:

Berlin, den 19. Mai 1921.

Herr Reichskanzler!

Eure Exzellenz haben mir gestern von den Maßnahmen Kenntnis gegeben, die das Reichswehrministerium getroffen hat, um die Bildung von Freikorps zu verhindern, und die das Reichsverkehrsministerium verfügt hat, um jegliche Beförderung von Freiwilligen und Waffen nach Oberschlesien zu unterlagen.

Nach den mir zugegangenen Informationen sind diese Maßnahmen zu spät getroffen worden, um das Einbringen bedeutender bewaffneter Kontingente von außerhalb nach Oberschlesien zu verhindern. Die in der Gegend von Kreuzburg, unter dem Befehl n. Armin vereinigten Freikorps, sollen mehr als 8000 Mann zählen. Gleichfalls wird die Anwesenheit der Freikorps v. Aulast bei Oppeln und Schmidt bei Krappitz gemeldet. Die Gruppe Kattibor, die einen täglichen Bericht veröffentlicht, soll über 9000 Mann und mehrere Kanonen verfügen.

Die erste Maßnahme, die diese Lage geheimerisch erheischt, ist die strenge Abschließung der Grenze zwischen dem deutschen Gebiet und dem Abstimmungsgebiet durch die deutschen Behörden. Die polnische Regierung hat bereits einer derartigen an sie gerichteten Aufforderung entsprochen.

In zweiter Linie wäre ich Eurem Exzellenz dankbar, wenn Sie die zuständigen Behörden anweisen wollten, der Interalliierten Kommission die Aufgabe der Lebensmittelversorgung zu erleichtern.

Schließlich muß ich erneut darauf bestehen, daß die Reichsbank ausgedient wird, unverzüglich die zur Bezahlung der Arbeiter notwendigen Fonds nach Oberschlesien zu entsenden. Nach den Angaben, welche die Legationsräte Richard Meyer und v. Moltke gestern abend dieser Botschaft gemacht haben, soll diese Sendung an die zweiseitige Bedingung geknüpft sein, daß die Kommission die pekuniäre Verantwortung für die Bewerkstelligung ihrerseits übernimmt, und daß die Zahlung auf gewisse Betriebe beschränkt werden, die nach Ansicht der deutschen Vertreter der Kontrolle der Insurgenten entzogen sind. Dieser Anspruch ist mit dem Buchstaben und Geist des Vertrages unvereinbar, wonach die Regierungskommission als Vertreterin der alliierten Mächte die ausschließliche Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ordnung trägt. Unter diesen Umständen ist die deutsche Regierung gehalten, sich auf die Kommission zu verlassen, die Beförderung und die Verteilung der Fonds nach ihrem Ermessen sicherzustellen. Würden die verfallenen Löhne weiterhin zurückgehalten werden, so würde sie sich schwerlich dem Vorwurf entziehen können, die allgemeine Wiederaufnahme der Arbeit unmöglich zu machen und die Anarchie zu verlängern, welche die Kommission zu unterdrücken bemüht ist.

Indem ich im Auftrage meiner Regierung die Aufmerksamkeit Eurer Exzellenz auf diese verschiedenen Punkte lenke, zweifle ich nicht, daß Sie diese in dem verständlichen Geiste prüfen werden, von dem Ihre Politik getragen ist, und mit dem Wunsche, dazu beizutragen, daß ein Herd von Unruhen ausgelöscht wird, der für den allgemeinen Frieden besonders gefährlich ist.

Genehmigen Sie, Herr Reichskanzler, den Ausdruck meiner Hochachtung

gez.: Charles Laurent.

### Die deutsche Antwort.

Hierauf ist dem französischen Botschafter heute folgende Antwortnote zugestellt worden:

Herr Botschafter!

Eurer Exzellenz haben wir mit der Note Nr. 143 vom 19. ds. Mts. die Auffassung der französischen Regierung über gewisse Oberschlesien berührende Fragen übermittelt.

Ich benutze gern jede Gelegenheit, um durch Erörterung mit den in Berlin beurlaubten Vertretern der beteiligten Regierungen die Möglichkeiten zu erschöpfen, den Brandherd in Oberschlesien zu beseitigen, dessen Fortbestehen, wie Eure Exzellenz mit Recht ausführen, den allgemeinen Frieden aufs schwerste gefährden muß.

Eure Exzellenz haben aus den Maßnahmen der deutschen Regierung ersehen, daß diese die Bildung von Freikorps auf deutschem Gebiet und den Uebertritt vom nicht besetzten deutschen in das besetzte Gebiet nicht duldet.

Etwas ganz anderes ist der Selbstschutz, den die an Leib, Leben und Eigentum aufs höchste gefährdete Bevölkerung Oberschlesiens in Ermangelung jeglichen Schutzes durch die französischen Truppen und in berechtigter Notwehr gegen polnische Insurgenten von sich aus zu bilden genötigt war. Auf diesen aus dem Zusammenschluß der Bevölkerung hervorgegangenen Selbstschutz in einem Gebiet, das der Verwahrlosung der Interalliierten Kommission unterliegt, hat die deutsche Regierung keinerlei Einfluß. Die deutsche Regierung hat über die bisher getroffenen bekannten Anordnungen hinaus aber Anweisungen erteilt, daß die zur Verwahrung der Grenzlinie des besetzten Gebietes auf deutscher Seite vorhandenen Sicherheitsorgane wesentlich verstärkt werden.

Eure Exzellenz erwähnen, die polnische Regierung habe der Aufforderung zur Sperrung der Grenze entsprochen. Demgegenüber habe ich die Ehre, festzustellen, daß eine Verfügung der polnischen Regierung vielleicht ergangen sein mag, daß die Grenze aber tatsächlich völlig offen steht und tagtäglich der Uebertritt von polnischen Soldaten, sowie der Nachschub von Munition und Materialen, jeder Art für die Insurgenten erfolgt. Aus der Menge des hierüber vorliegenden Materials erwähne ich nur einen Vorfall, der sich in den letzten Tagen ereignet hat:

In dem noch im Machtbereich der Interalliierten Kommission befindlichen Kreise Kreuzburg, haben in der Nacht vom 19. auf den 20. Mai 250 bis 300 Polen die Grenze überschritten und den Ort Kosta angriffen. Auch hier mußte der anwesende örtliche Selbstschutz eingreifen, um das Leben friedlicher ober-schlesischer Bürger zu schützen. Der Angriff konnte nur unter blutigen Verlusten abgeschlagen werden, nachdem die eingeborgenen Polen im Dorfe Kosta ein Gehöft in Brand gesetzt hatten.

In Uebereinstimmung mit Eurer Exzellenz stelle ich mit Bedauern fest, daß die Interalliierte Kommission für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in Oberschlesien allein verantwortlich ist. Die Anarchie, von der in der Note die Rede ist, und die seit drei Wochen in Oberschlesien herrscht, steht allerdings zurzeit in schärfstem Widerspruch zu den Verhältnissen, unter denen der Präsident der Interalliierten Kommission die Verwaltung des blühenden Landes im Februar vorigen Jahres übernommen hat.

Die Wiederherstellung der Ruhe ist auch nicht, wie es in der Note angedeutet ist, eine Frage der Wiederaufnahme der Arbeit. Denn es handelt sich gar nicht um einen Zustand wirtschaftlicher, sondern einzig und allein um einen solchen politischen Charakters. Der polnische Aufstand bezweckt, unter Verletzung der Bestimmungen des Friedensvertrages und unter Verhöhnung jeden moralischen Rechtfertigungsgrundes die Vergewaltigung des ober-schlesischen Volkes. Die Leiden, welche die unglücklichen Bewohner von den mit grausamstem Raffinement vorgehenden Banden zu erdulden haben, sind unbeschreiblich. An der großen Anzahl von unerhörten Verbrechen ist hier nur an die vor wenigen Tagen durch die Polen erfolgte Mißhandlung der beiden Ingenieure Winkler und Zolbe in Friedenschütte erinnert, die in der Turnhalle über ein Pferd gelegt und mit Peitschenhieben bis zur Bewußtlosigkeit geschlagen, dann wiederholt durch Erschütterungen zum Bewußtsein gebracht und daraufhin weiter geschlagen worden sind, so daß sie jetzt hoffnungslos darniederliegen.

Die deutsche Regierung ist ständig bemüht, Mittel und Wege zu finden, um die unbeschreibliche Qual der ober-schlesischen Bevölkerung zu lindern. Sie ist in Uebereinstimmung mit Eurer Exzellenz grundsätzlich bereit und gewillt, in jeder praktischen Weise, auch durch Lebensmittel und Geldsendungen, die Lage zu erleichtern. Es besteht jedoch nach der übereinstimmenden Ansicht aller beteiligten und sogar der unmittelbar betroffenen Kreise in Oberschlesien die objektive Unmöglichkeit für die Gewähr, daß Gelder oder Lebensmittel tatsächlich in die Hände der wirklich Empfangsberechtigten gelangen und nicht dem Zugriff der Insurgenten unterliegen. Der Präsident der Interalliierten Kommission verfügt wenige Kilometer hinter Oppeln über keinerlei Nachbefugnisse mehr und ist nicht in der Lage, seine etwa gegebenen Garantien in die Tat umzusetzen.

Auch die von ihm ausgestellten Bescheinigungen haben bei den polnischen Insurgenten, die teilweise beginnen, sich in unabhängige wilde Banden aufzulösen, keinerlei Geltung mehr. Dies zeigte sich deutlich zum Beispiel bei der Reise der von General Le Rond nach Oppeln gebetenen Deputation der Arbeitervertreter aus Kattowitz. Trotz der Bemühungen des französischen Kreis-kontrolleurs, Major Salerou, wurde ihre die Abreise von den Polen zunächst überhaupt nicht gestattet. Die daraufhin von Major Salerou vom polnischen Hauptquartier persönlich erbetenen schriftlichen Ausweise wurden auf der Fahrt von dem polnischen Posten ebenfalls nicht anerkannt, so daß die Deputation wieder umkehren mußte. Auch der schließlich vor dem polnischen Kreis-beirat Gornik in Kattowitz in polnischer Sprache unterschriebene Ausweis genügte nur bis zu den ersten Postenketten von Mikulskisch. Von dort mußte sich die Deputation durch Verhandlungen von Ort zu Ort in polnischer Begleitung bis kurz vor Oppeln durchsetzen.

Ein ferneres Beispiel für die völlige Ohnmacht der Interalliierten Kommission und ihrer Organe ist das am 14. d. M. durch die polnischen Insurgenten erfolgte Anhalten des Rabnitzer Transportzuges von etwa 700 Flüchtlingen, obgleich diesem Zuge freies Geleit seitens des polnischen Befehlshabers schriftlich zugesagt war, und obgleich der Zug unter militärischer Bedeckung von drei alliierten Offizieren und 50 französischen Soldaten fuhr. Bis auf die Frauen, Kinder und älteren Männer wurden alle Flüchtlinge verschleppt und vier Personen unterwegs im Walde bei Tarnowitz nach vorheriger schwerster Mißhandlung ohne irgendeine Veranlassung erschossen, darunter der 14jährige Gymnasiast Haase aus Rybnik.

Den Ausführungen dieser Note werden Eure Exzellenz entnehmen, daß die deutsche Regierung alles zur Besserung der Lage in Oberschlesien zu tun bereit ist, soweit die tatsächlichen Verhältnisse es nicht unmöglich machen.

Die deutsche Regierung will die Hoffnung nicht aufgeben, daß es den Bemühungen der Interalliierten Kommission gelingen wird, endlich Mittel und Wege zu finden, die ordnungsmäßige Gewalt in Oberschlesien wiederherzustellen und die Bevölkerung von dem Joche der polnischen Insurgenten zu befreien.

Ich benutze auch diesen Anlaß, um Ihnen, Herr Botschafter, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung zu erneuern.

gez.: Dr. Wirth.

### Die Herrschaft Korsantys in Oberschlesien.

U. Warschau, 23. Mai. Die „Niezpospolita“ meldet aus Beuthen: Die deutschen Zeitungen melden, daß Korsantj und die übrigen Führer des Aufstandes beschloßen haben, die Aufstandsbewegung zu liquidieren. Es muß nachdrücklich festgestellt werden, daß diese Nachricht unwahr ist. Die Aufstandsbewegung ist jetzt, nachdem sie ihr militärisches Ziel erreicht hat, nämlich die Befreiung des Gebietes, das unbesetzbar von einer polnischen Mehrheit bewohnt ist, dazu übergegangen, die ganze Zivilverwaltung in diesem Gebiet auszubauen. Wenn auch die Aufständischen nicht mehr angreifen werden, um ihren Besitzstand zu vergrößern, so werden sie doch nicht die Waffen niederlegen, bis die Grenze in Oberschlesien festgelegt ist und bis in Oberschlesien reguläre polnische Truppen einrücken.

### England gegen Frankreich.

U. London, 23. Mai. Die „Daily News“ melden, daß die englische Regierung auf die französische Note an das britische Ministerium des Aeußern antworten werde, die deutsche Regierung habe ihre Zustimmung betreffend die Freiwilligenformationen in Oberschlesien ehrlich erfüllt und es wäre verständiger, wenn die alliierten Botschafter in Berlin sich untereinander mit der deutschen Regierung jährlich verständigen würden, anstatt provozierend aufzutreten. Man brauche sich nicht zu wundern, daß Deutschland weder Geld noch Lebensmittel nach Oberschlesien gehen lasse, denn beides würde nur den Aufständischen zugute kommen. Von einer Verletzung des Versailler Vertrages dadurch könne nicht die Rede sein. Trotzdem habe man dem deutschen Reichskanzler eine Meinung gegeben, daß durch eine solche Handlungsweise die deutschen Interessen nicht gefördert werden würden.

### Die französische Presse zu den Kämpfen.

U. Paris, 23. Mai. Angesichts der letzten Meldungen über den angeblichen deutschen Gegenangriff in Oberschlesien schreibt die Pariser Morgenpresse, es sei jetzt das dringlichste, Deutschland um jeden Preis zu verhindern, daß es die Feindseligkeiten gegen Polen eröffne. Man legt besonderen Wert darauf, festzustellen, daß nicht der polnische, sondern der deutsche Aufstand die große Gefahr in Oberschlesien bedeute. Man zeigt jedenfalls große Lust, falls die Ereignisse sich verschärfen, in aller Form zu intervenieren.

### Die Aufhebung der Sanktionen bevorstehend.

U. Düsseldorf, 23. Mai. Nach Mitteilungen aus englischer Quelle steht die Aufhebung der Sanktionen im Rheinlande bis spätestens 6. Juni ds. Js. in Aussicht. Einige Tage vorher wird die Räumung der Städte Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort angedordnet werden.

U. Koblenz, 24. Mai. Die Gerüchte über eine bevorstehende Einstellung des Grenzollendienstes scheinen sich zu bestätigen. Die „Rheinische Rundschau“ erzählt aus Bad Ems, daß damit zu rechnen ist, daß der Ollandienst sofort eingestellt wird, sobald die ersten 150 Millionen Goldmark an die Alliierten übergeben sind. Allerdings hat man den Eindruck, daß die Franzosen es durchgesetzt haben, daß die Zollanrichtungen am Rhein nicht vollständig abgebaut werden, jedoch sie als drohende Zwangsmaßnahme immer wieder zur Verfügung stehen, wenn Deutschland mit seinen Leistungen im Rückstand gerät. Es ist wahrscheinlich, daß der Rest der Zollanrichtungen die Aufgabe erhalten wird, durch die Erhebung einer sogenannten statistischen Abgabe auf die Einfuhr und Ausfuhr eine Art Kontrolle über die deutsche Warenherkunft und ihre Verteilung auszuüben. Von einer Abschaffung des Systems für die Einfuhr und Ausfuhr ist nicht die Rede.

### Dr. Rosen Außenminister.

Der Reichspräsident hat den bisherigen Gesandten im Haag Dr. Rosen zum Reichsminister des Aeußern ernannt und den Reichskanzler von der Wahrnehmung der Geschäfte dieses Ministeriums entbunden.

Dr. Rosen entstammt der Konjunkturaufbahn. Er steht seit 1889 im Dienst des Auswärtigen Amtes und war Vertreter des Deutschen Reiches in Beirut, Teheran und Jerusalem. Seit 1901 vortragender Rat in der politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, wurde er 1905 mit einer Sondermission nach Westindien beauftragt. Nach seiner Rückkehr wurde er Gesandter in Tanger, auf der Konferenz in Algieras vertrat er die Interessen des Deutschen Reiches in der marokkanischen Frage. 1910 wurde er Gesandter in Bukarest, 1912 ging er in gleicher Eigenschaft nach Kairo, wo er bis zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen im März 1916 verblieb. Seitdem wirkte er als deutscher Gesandter im Haag. Er gilt als ein Vertreter der modernen, demokratischen Richtung in der deutschen Diplomatie.



# Was ist Fascismus?

Der italienische sozialistische Abgeordnete Zibordi veröffentlicht in der „Critica Sociale“ einen ausführlichen Aufsatz über das Wesen des italienischen Fascismus. Eine auszugsweise Wiedergabe des Artikels wird zum Verständnis dieser hauptsächlich auf Zerstörung der sozialistischen Organisationen hinabzielenden und die vollständige Vernichtung der sozialistischen Betätigung bezweckenden nationalfascistischen Bewegung beitragen.

Wenn der Genosse Zibordi meint, der Fascismus könne nur in Italien gedeihen, so befindet er sich in einem bedeutenden Irrtum. Auch Deutschland hat seinen „Fascio“, nur anders benannt. Was denn sonst sind St. Hubertus, Orgesch, Stahlhelm und schließlich auch Bürgerzünde?

Das seltsame Nachkriegsphänomen des Fascismus in Italien wird bisher noch immer allzuoft als ein durchaus harmloses angesehen, während es doch Zeichen und Ausdruck für alles Ungeheure und Mangelhafte im öffentlichen Leben, in der politischen Erziehung und in der Parteibildung Italiens ist.

In einem Lande mit gutorganisierten, Harduchgeübten Parteien und einer auf deutliche positiven Vorstellungen, auf Vernunft und Gewissenhaftigkeit gegründeter politischer Erziehung wäre etwas wie der Fascismus, der sich in psychologisch wie in wirtschaftlicher Beziehung als Nachkriegsprodukt zu erkennen gibt, undenkbar, während hier in Italien unklare Gefühle, Impulsivitäten, zusammenhängende anstehende wirkende Aufregungen und Reaktionen den Boden aller Bewegungen bilden.

Der Fascismus bedeutet die Gegenrevolution zu einer Revolution, die nie war, die Reaktion auf Maximalismus und Bolschewismus, darüber hinaus aber ist er, oder will es doch wenigstens sein, selber eine Revolution, eine Kleinbürgerrevolution, Militärrevolution auch in gewissem Sinne, wenn man will, nämlich in den Mitteln, den Führern, und zum Teil auch in den Endzwecken, — in jedem Falle aber Revolution.

Der Fascismus dient im Grunde — ob nun mit oder ohne sein Wissen, gilt gleich — den Zwecken der breiten Bürgermassen, er ist aber deshalb nicht etwa selber, weder was Führer noch was Geführte angeht, eine Bürgerbewegung. Vielmehr nimmt er Lokalfarben an je nach dem Orte, wo er auftritt: wird zur Agrarbewegung in Ferrara und Novigo, zur freimaurerischen in Parma, ist aristokratisch-patriotisch-literarisch orientiert in Florenz, tritt für das Kleinbürgertum und gegen die Gewerkschaften und Behörden auf überall da, wo die Gemeindevverwaltung sozialdemokratisch und die Arbeiterbewegung lebhaft und aktiv ist, wird an vielen Orten zur monarchistischen Bewegung, an anderen wieder kann er halb republikanisch sein; bald ist er für d'Annunzio und Fiume, bald dagegen; alles geht ineinander, hier ist er gut Freund mit der katholischen Volkspartei, wohl gar gelegentlich den Christen in sich aufnehmend, während er sich gleichzeitig wo anders aufs Antiklerikale hinausspielt, z. B. in Bologna, wo er am stärksten, mächtigsten und zahlreichsten ist.

Aber dies alles sind nur äußere Kennzeichen, aus der Umgebung abgenommen; der eigentliche Wesenskern verbirgt sich dahinter, der aber wohl wert sein möchte, einmal analysiert, erkannt und begriffen zu werden.

Wer sind die eigentlichen Träger dieser Bewegung? Die verschiedenartigsten Kategorien Menschen haben Teil daran; heutzutage Gewalttäter, demobilisierte Militärs, dann aber auch in großer Menge junge Männer, die halb Fanatismus, Heberzeugung, halb Romantik oder Sport hineintreibt; um diesen Blod der „Affinen“ herum gruppieren sich stärke die verschiedenartigsten Kreise von Bürgern, arme ebenbürtig wie wohlhabende Intellektuelle, die einen von ökonomischen Instinkten und wer weiß was sonst noch für Gefühlen angetrieben, die anderen von sozialem Stolz und ästhetischem Abhauen gegen das „terroristische Proletariat“.

Bis heute hat der Fascismus leben, wachsen und gedeihen können, und er wird es auch fernhin können, trotz kühnster Verlesung aller Gesetze und jeglichen Herkommens, und nicht zuletzt liegt die Schuld dafür im Proletariat selber, das vielerorts allzusehr die Gefühle und die Interessen verlegt und sich den bürgerlichen Kreisen unbehagen gemacht hat, statt daß es sich in dem gleichen Augenblicke, wo es gegen ungerechtfertigte Ausbeuterinteressen scharf vorging, Rückhalt an der Zustimmung und dem Einverständnis jener anderen, weitaus zahlreicheren Kreise hätte suchen müssen, deren Rechte es eben verteidigte.

Aber jene farblose, unbedeutende, unbewegliche Bürgermasse, die ihrer Natur nach alles andere als fascistisch, gewalttätig und gewaltliebend ist, sie hat dennoch den Fascismus mit Freuden wachsen sehen, sie begreift ihn, sie duldet ihn, sie läßt ihn machen, ja bis zu einem gewissen Grade billigt und bewundert sie ihn sogar, einzig aus dem Grunde, weil sie ihn als Zuchttrute für den Bolschewismus ansieht.

Diese Bürgerkreise jedoch in ihrer achtungsvollen Entfernung vor den eigentlichen Ereignissen bedeuten doch nichts mehr als eine dem Fascismus günstige Atmosphäre. Außer diesen passiven existieren aktive Kräfte des Fascismus, und diese sind wie gesagt keineswegs bürgerlich; es sind, um es mit einem Wort zu bezeichnen: die Kriegsentlassenen.

Zählen wir sie auf: Jünglinge, die zwischen 20 und 30 Jahren an der Front waren und sich nun in Studium und Beruf nicht zurückfinden. Kleine Handwerker und Geschäftsleute, denen der Reserveoffizier zu Kopf gestiegen ist, und die nicht wieder in die ehemalige soziale Stellung hinuntersteigen mögen; Stabsoffiziere und Generale, die mit einer für das heutige Leben ungenügenden Pension in den Ruhestand versetzt sind; ferner Leute verschiedenartiger Herkunft, die am Leben mit der Waffe in der Hand zu großen Gejällen gefunden, Befehlskräfte in sich entdeckt haben, jene „Schützengrabenhelden“, die es verachten, nun vor der bürgerlichen Ordnung zu Duckmäusern zu werden. Diese alle, und dann jene Männer und Frauen, „Fräuleins“ insbesondere, die den Krieg über ihren reichlichen Verdienst in den leergebliebenen Stellen der Einberufenen gehabt, aus denen die Demobilisierung sie wieder weggefegt. Noch andere, die in einer ganz anderen Weise doch am Ende auch vom Kriegsschlus ihrer bisher innegehabten Stellungen entlassen wurden: die großen Kräfte der geistigen Arbeit, die von dem Kurssturz aller geistigen Werte betroffen, in der ökonomisch-sozialen Periarie, abwärts geraten sind, die von den verlassenen Arbeitern des Krieges haben erhalten

lassen: der Professor, der Beamte usw. mit ihren Klagen, daß sie mit ihren Familien nicht den gleichen Wohlstand genossen wie der Arbeiter, ohne doch dabei zu beachten, wo der Fehler des Vergleiches liegt: daß in der Arbeiterfamilie Mann und Frau und die erwachsenen Kinder sich rühren, daß hier nicht wie dort subvertiert, für das innere Wachstum gesorgt und alles aus dem Verdienst des einzig arbeitenden Familienoberhauptes bestritten wird. (Aber dieser Rede ist kein Ende zu machen, und der Bürger begreift nicht, daß die Ersparnisse des Arbeiters die Früchte seiner Arbeit sind, daß, wo 10 Personen etwa in einer Bauernfamilie von früh bis spät arbeiten, der Verdienst sich verzehnfacht und alles mit rechten Dingen zugeht.)

Aber wir sind mit unserer Aufzählung noch nicht am Ende. Da sind ferner im Fascismus oder dicht um ihn herum breite Schichten des mittleren und kleinen sogenannten Bürgerstandes. Und aus diesen Schichten heraus wird das Proletariat und die sozialistische Partei mit Klassenhaß oder besser gesagt mit Ständehaß angeschaut, aber nicht von oben herab, sondern von unten herauf, und das ganz besonders dort, wo wir stark, machtvoll, die Herren sind, wo wir in den Gemeindeverwaltungen sitzen, wo unsere Organisations alles andere überwiegt und beherrscht.

Alle diese Träger der fascistischen Bewegung sind es mehr aus Leidenschaft, als aus Gewissen, haben wenig oder gar keine politische Erziehung, geschweige, daß sie gewöhnt seien, politische Dinge zu beurteilen und zu begreifen, ein sentimentaler Haufe, noch dazu mit einer gewissen Bildung, die zu nichts anderem taugt, als die eigenen wirtschaftlichen Instinkte, die den wahren Antrieb bilden, idealistisch zu verbrämen. Da wird dann die Partei des „armen Handwerkers“ genommen, dem sein ehrliches Brot von den „sozialistischen Machthabern“ weggeschnappt wird, die mit ihrer Gewerkschafterei, Konsumvereinsdiktatur usw. alles für sich wollen. Natürlich fehlt das jammernende Mitleid mit dem streikbrechenden Arbeiter, jenem „unglückseligen Opfer“, dem Jagdwild der Arbeiterorganisationen, nicht.

Wenn die Organisation als solche, wo und wie sie sich finde, Parteidisziplin, Ordnung, kurz alles, was über unsere wirtschaftliche und innerlich der Gemeindevorgänge aufbauende Arbeit hinausgeht, das heißt diese Gesellschaft wie eine „Tyrannei“, mit Nachdruck und Tücke, weil sie nichts davon begreift, denn sie ist wohl arm und beschäftigungslos, aber ohne Klassenbewußtsein, in dividuallistisch bis auf die Knochen. Als letztes Moment tritt noch hinzu die große Geste gegen die Regierung, weil sie hier und da einmal (selbst genug) es gewagt hat, gegen die allerhöchsten Ausschreitungen des Fascisten vorzugehen, was ihr als Parteimahne für den Sozialismus ausgelegt wird; und dies Moment, das die Würze des Revolutionären in die Bewegung bringt, behagt den Jungen am meisten.

Alle diese Widersprüche, diese Unsinnsigkeiten gibt es ins Auge zu fassen, wenn man die Erscheinung des Fascismus durchschauen will.

Es ist ja nun zu spät, aber doch mag es gewagt werden: wir haben nicht das Geringste getan, uns diese Gesellschaft zu Freunden zu machen, ihr das Verständnis für uns nahe zu bringen. Im Gegenteil. Das Proletariat identifiziert den Krieg mit seinen Urhebern, warf seinen Haß auf alles, was Militär hieß oder Uniform trug. Die Abrüstung brachte nicht zugleich auch eine Abrüstung in der Stimmung hervor. Ungehörte psychologische Fehler wurden begangen, Mißverständnisse, Widerwille, Feindschaft heraufbeschworen.

Heute herrscht das Schiebertum. Warum bekämpft das verelendende Bürgertum uns? Warum sieht es nicht ein, daß der Arbeiter keinen Teil hat an der Schuld der Kriegsgewinnler gegen die Volkswohlfahrt, warum macht es nicht gemeinsame Sache mit uns gegen jene?

Wieviele Kreise der Bürgerschaft, deren Interessen bereits von uns mitverteidigt werden, stehen uns fern, wissen nicht, daß sie mit es sind, für die wir kämpfen! Und noch bessern wir diesen Fehler nicht. Die Fabrikkontrolle z. B. ist etwas, demzufolge alle (alle, das heißt, nicht nur die Arbeiter) zur Einsicht in die Geheimnisse des Produktionsbetriebes gelangen sollen, damit die Ausnutzung nicht nur des Arbeiters, sondern des Konsumenten allgemein, durch den Kapitalismus ein Ende findet. Wer innerhalb der hütgerlichen Kreise weiß darum? Immer wird vielmehr die Fabrikkontrolle als eine Frage, die einzig die Arbeiterschaft angeht, verhandelt.

Und so in tausend anderen Fällen! Und da wundert man sich noch, daß der Fascismus in die Halme schießt!

## Beginn des ersten „Kriegsverbrecher“prozesses in Leipzig.

II. Leipzig, 23. Mai. Vor dem 2. Strafsenat des Reichsgerichts begann heute, Montag, der erste Kriegsverbrecher-Prozess. Der Zutritt zum Reichsgericht ist nur gegen Karten gestattet. Vor dem Reichsgericht hatte sich nur wenig Publikum angemeldet. Besondere Lösperrungsmaßnahmen waren nicht getroffen. Der Zuhörerraum ist gut besetzt. Es sind mehr als 80 Journalisten, darunter viele Ausländer, anwesend. Punkt 9 Uhr betritt die englische Kommission, bestehend aus Staatsanwalt Sir Ernest Pollock, Sir Ellis William, Mr. Gatty, sowie einigen anderen Herren, den Sitzungssaal. Zehn Minuten nach 9 Uhr erscheinen die Mitglieder des Reichsgerichts senats im Sitzungssaal und es wird sofort in die Verhandlung eingetreten. Der Vorsitz führt Senatspräsident Dr. Schmidt. Die Anklage vertritt Oberstaatsanwalt Dr. Ebermayer. Als Verteidiger fungieren Rechtsanwalt Cneppers-Düffeldorf, von Förster-Groß-Lichterfelde, und Dr. Dittenberger-Leipzig. Es erfolgte zunächst die Verteidigung des Dolmetschers Dr. Peters von der Leipziger Universität und des Sachverständigen General von Franke aus Freiburg-Breisgau. Zur Verhandlung sind 32 Zeugen geladen, darunter 16 englische Belastungszeugen. Nach dem Zeugenaufruf wird zur Vernehmung des Angeklagten geschritten. Die Anklage richtet sich gegen den ehemaligen Sergeanten und jetzigen Rügenmeister Karl Heynen aus Barmen. Es werden ihm 46 selbständige Fälle von Gefangenennahmehandlung vorgeworfen, die er selbst oder durch dienstlich unterstellte Untergebene ausgeführt haben soll. Senatspräsident Schmidt macht den Angeklagten darauf aufmerksam, daß er keine Auslagen, die ihn belasten, vorzulegen könne, er rate ihm aber, die Wahrheit zu sagen, da er dabei besser fahren würde.

Die Vernehmung des Angeklagten Heynen aus Barmen wird fortgesetzt. Er ist noch unbestraft und hat neun Kinder. Vor der Vernehmung des Angeklagten teilt der Präsident mit, daß die Aufgabe des Senates hier ganz klar und eng umgrenzt sei. Sie bestehe darin, zu ermitteln, ob dem Angeklagten persönlich eine Schuld treffe. Für politische oder andere Erwägungen in diesem Saale, der lediglich der Gerechtigkeit diene, sei kein Raum und es der Vorsitzende werde dafür sorgen, daß alle derartigen Erwägungen unterbleiben. Der Angeklagte wird

nach dem Eröffnungsbeschluss 46 selbständige Mitbehandlungen englischer Gefangener in einem Gefangenlager zur Last gelegt. Er soll durch Fußtritte, Stockschläge usw. sich vergangen haben. Wegen dieser Gefangenennahmehandlungen ist er bereits 1918 mit zwei Wochen Arrest bestraft worden. Wie der Präsident weiter mitteilt, wären durch die Unnette die Straffälle an sich verjährt, aber ein besonderes Gesetz bestimme, daß für die vorangegangenen Straferlasse eine Verjährung ausgeschlossen sei. Zu seiner Verteidigung gibt der Angeklagte an, daß sich die englischen Kriegsgefangenen oft widerpenflich und gereizt gezeigt und die Arbeit verweigert hätten unter der Angabe, daß sie nicht verpflichtet seien, zu arbeiten. Der Angeklagte stellt in Abrede, die Gefangenen beschimpft zu haben. Vielleicht habe er mal „Schweineerei“ gesagt und die Gefangenen hätten „Schweine“ verstanden. Mit dem Stock habe er die Gefangenen nicht geschlagen, denn er habe nie einen Stock getragen. Aus der Stimmung der Engländer habe er entnehmen müssen, daß sie zu allem bereit seien. Die Russen seien arbeitsfreudiger gewesen. Nach und nach habe er aber die Engländer zur Einsicht bewegen und zwar ohne Stockschläge. Es sei möglich, daß er verheerlich einmal Gefangene mit dem Gewehrstoßen gestoßen habe. Wie der Präsident mitteilt, wird von den englischen Gefangenen angegeben, daß sie bei dieser Gelegenheit auch von den Wachmannschaften geschlagen worden seien, wovon aber der Angeklagte nichts gesehen haben will. Wichtig sei, daß er einige Räbelsführer in eine Arrestzelle geführt habe.

II. Leipzig, 24. Mai. Der erste Verhandlungstag im Kriegsbeschuldigtenprozess vor dem Reichsgericht in Leipzig wurde abends um 7 1/2 Uhr abgebrochen und auf Dienstag vormittag 9 Uhr vertagt. Der erste Tag des Prozesses brachte keinerlei Sensationen, wie viele im Hinblick auf den aufgetretenen Apparat angenommen hatten. Die Zahl der Pressevertreter betrug mehr als 80, darunter viele Ausländer, namentlich Engländer. Doch hatten viele von ihnen schon vor dem Schluß der Sitzung den Saal verlassen, da die erhoffte Sensation ausblieb.

## Ein Rapp-Butsch in Portugal.

Paris, 23. Mai. Die Pariser Ausgabe der „Daily Mail“ meldet, es scheine sich in Lissabon ein Staatsstreich vollzogen zu haben. Den Monarchisten sei es durch eine Ueberzahlung gelungen, alle Kabinettsmitglieder festzunehmen. — Ein zweites Telegramm der „Daily Mail“ aus Ligo besagt, daß Rapp-Butsch, die während dieser Nacht aus Oporto ankamen, erklärten, am Sonnabend sei mit Unterstützung militärischer Elemente unter dem Kommando Machado do Santos ein Aufstand ausgebrochen. Der Premierminister Bernardino Machado und alle übrigen Minister seien verhaftet worden. Die Bewegung wurde von den monarchistischen Elementen unterstützt.

Paris, 23. Mai. Hannas berichtet aus Lissabon: Präsident Almeida leitete seine Verhandlungen mit Vertretern der verschiedenen Gruppen und mit den maßgebenden politischen Persönlichkeiten zwecks Bildung eines neuen Ministeriums fort. Die Marinedetachements bewachen die Ministerien. Die Unzufriedenheit eines Teiles der republikanischen Nationalgarde gegen das zurückgetretene Ministerium zeigt sich durch Kundgebungen, die jedoch einen friedlichen Charakter behielten. Man sprach auch von der Möglichkeit einer Auflösung des Parlaments.

London, 23. Mai. Nach Blättermeldungen soll der Sturz des portugiesischen Kabinetts durch eine Militärrevolte herbeigeführt worden sein.

## Dreierband der baltischen Staaten.

Memel, 23. Mai. Die Fahrt des litauischen Außenministers Dr. Buricki nach Reval und Riga ist wegen eines engeren Zusammenschlusses der baltischen Staaten gemacht worden. Die Regierungen stimmten dem von Litauen angeregten Zusammenschluß Litauens, Lettlands und Estlands zu einem Dreierband zu. Der politisch-wirtschaftlichen Konvention, die sofort beschloffen werden soll, wird eine militärische folgen. Am 3. Juni soll in Riga eine Konferenz der Außenminister von Litauen, Lettland und Estland stattfinden, dem Wirtschaftsverhandlungen folgen werden.

## Arbeiterkonferenz in Brüssel wegen des Wirtschaftskampfes in England.

II. Brüssel, 24. Mai. Morgen kommen in Brüssel die Abgeordneten der Transportarbeiter- und Bergarbeiterorganisationen aus England, Frankreich, Holland und Belgien zusammen, um über die Maßnahmen zu beraten, wie die englischen Arbeiter in dem gegenwärtigen Kampfe zum Siege kommen.

## Regierungstrills in Polen.

II. Warschau, 23. Mai. Ministerpräsident Witos hatte am Sonnabend dem polnischen Außenminister Sapieha vorgeschlagen, auf seinem Posten zu verbleiben. Dieser hat das Angebot jedoch entschieden abgelehnt. Da die Sejmfraktionen der gegenwärtigen Regierung ihre Unterstützung nicht verweigern, sondern lediglich die Notwendigkeit der Neubefehlung dreier Ministerien verlangen, wird es vielleicht zu keiner Demission des gesamten Kabinetts kommen.

## Das Defizit im polnischen Staatshaushalt.

II. Warschau, 23. Mai. Der Staatshaushalts-Voranschlag für das Jahr 1921 ergibt in den Einnahmen 118 1/2 Milliarden Mark, in den Ausgaben 198 1/2 Milliarden Mark. Er weist also ein Defizit von 80 Milliarden Mark auf.

## Unruhen in Alexandria.

Alexandria, 23. Mai. Infolge des Gerüchts, daß in der letzten Nacht ein Ordece einen Eingeborenen umgebracht habe, griff ein Volkshauhe Griechen und andere Europäer an; zahlreiche Personen wurden getötet, Krankenwagen hatten die ganze Nacht zu tun, um die Verwundeten ins Hospital zu bringen. Das Volk ging auch gegen europäische Geschäftshäuser vor und warf Fenstersteine ein. Die Europäer erschienen am frühen Morgen vor dem Hause des Gouverneurs und verlangten Schutz oder die Erlaubnis, sich selbst zu schützen. In einzelnen Distrikten kam es auch zu Brandstiftungen, wobei ebenfalls zahlreiche Menschen umgekommen sein sollen.

## Streit der niederschlesischen Kohlenarbeiter.

II. Breslau, 24. Mai. Im niederschlesischen Kohlenrevier ist plötzlich die Arbeiterschaft in den Streit gezogen. Bis her haben die Belegschaften der Niederhörnendorfer, der Glöck und der Gottesberger-Grube die Arbeit niedergelegt. Auch die Arbeiterschaft der Fürstentenergrube soll sich am gestrigen Nachmittag der Streikbewegung angeschlossen haben. Es verlautet, daß Kohlenarbeiter den Antrag zum Streit gegeben haben.



# Stadtvorwahlen in Sangerhausen.

II. Halle, 24. Mai. In dem wiederholt von Putschern heimgeführten Sangerhausen, wo die Kommunisten mit 18 gegen 12 Mandaten (darunter 1 Mehrheitsst.) die Mehrheit hatten, gewannen bei den Stadtvorwahlen die vereinigten bürgerlichen Parteien einen entscheidenden Sieg. Sie erhielten 17 Mandate. Die Mehrheitssozialisten erhielten 5 und die sogenannte Gewerkschaftsliste erhielt 8 Sitze.

# Freistaat Lübeck.

Dienstag, 24. Mai.

## In der öffentlichen Volksversammlung

am Donnerstag, dem 26. Mai, spricht Reichstagsabgeordneter Genosse Otto Braun, der von Preußens Reaktionsären am meisten gehähte frühere Ministerpräsident und Landwirtschaftsminister. Genosse Braun, der kraftvoll die Interessen der werktätigen Bevölkerung, insbesondere der bis zum 9. November 1918 vollständig rechtlosen Landarbeiterschaft vertreten hat, darf auch sicher in Lübeck auf eine zahlreiche Zuhörerschaft rechnen. Arbeiter, Angeleitete und Beamte. Auf zur Versammlung am Donnerstag!

## Aus der Bürgerschaft.

Geschmacklose Stillschlüsse. — „Gemeinnützig“. Geschäftspraktiken. — Staatsgebäude. — Gemeinsamer Rechtsangriff gegen das neue Wohnungsgezet. — Agrarische Bescheidenheit. — Das teure Schulgeld. — Klügelpolitik und öffentliches Bildungswesen.

Kritische Veranlagung ist für ein Mitglied der Volksvertretung eine lässliche Eigenschaft. Auch Mutterwitz wird zuweilen geküßt. Herr Aug. Wapc glaubt wohl beides zu besitzen. Er glaubt es. In Wirklichkeit hat dahinter Alles-Reichergewäch, wie sich am Montag abend wieder einmal zeigte. Der Angriff auf die Straßenreiner war nichts anderes als armseliger Spießergewitz, dem der Mut entgeht, den Herzogschrein voll zu öffnen. Genosse Dreger verhält dem Schlichtern in einem Satze über die Schwere der Blumenprache hinweg. Den Vorwurf der Faulheit, den der Vertreter der zukünftigen Bürgerbündelpartei den staatlichen Arbeitern machte, werden sich diese gemiß merken. — Eine besondere Art Gemeinnützigkeit wollten ansehnend die Erbauer der Weber-Loppel einführen. Die Vorteile, die ihnen der Lübsche Staat gewährte, sollten auf öffentlichem Markt zu gunsten der Gesellschaft ausgeboten werden. Anders kann man die Anpreisung der zu errichtenden Gebäude in auswärtigen Blättern wohl kaum auffassen. Vorerst und hoffentlich für immer ist dem Versuch ein Niegel vorgeschoben worden. — Das Haus e Haus in der Königstraße wird nun einstweilen zu Zwecken der Nordischen Wege hergerichtet und später soll es ganz ausgebaut werden. Der Spatz kostet rund 100 000 Mark. Vielleicht können diese Gelder wieder herausgewirtschaftet werden, wenn dem Wünsche von Fr. Bartels nachgegeben und ein „vornehmes“ Cafe eingerichtet würde. Vornehm muß es natürlich sein! Vielleicht käme man bei dieser Vornehmheit aber auch gar bald in die Lage, das Cafe wieder los zu werden. Denn die Porzellan-Halle hatte ja auch den Ruf eines vornehmen Sommerhauses und soll trotzdem nichts abgeworfen haben. Jetzt wird sie für 300 000 Mark veräußert. Man gibt noch 7000 Quadratmeter Boden und Wald dazu und ist froh, dieses Stadteigentum los zu werden. — Der Mangel eines Zentralbaues für die Behörden datiert seit vielen Jahren. Als es noch leicht möglich war, einen solchen zu errichten, war man zu knauserig. Nun, da alles brandt, muß doch zugegriffen werden. Das Polizeiamt braucht notwendig eine bessere räumliche Zusammenfassung. Diese wurde im Volkswaagen am Dom gefunden. Mit einem Kostenaufwande von 1 294 000 Mark soll das alte Gebäude hergerichtet werden.

Die tiefsten Seelengründe öffneten sich bei den bürgerlichen Parteien als das Gele über Maßnahmen gegen den Wohnungsmangel an die Reihe kam. Eigentlich stand von vornherein eine Ausschüßberatung fest, so daß sich eine längere Aussprache erübrigte hätte. Der Ingrimm gegen notwendige gesetzliche Zwangsmaßnahmen auf dem Gebiete des Wohnungswesens ist aber bei den Bewürwortern der freien Wirtschaft so tief, daß sie ihm Auslauf schaffen müssen. Das geschah denn auch recht heftig. Herr Wankle von den Demokraten nahm sich fast jeden Paragrafen vor und auch sein Fraktionskollege Herr Ambröls lehnte den künftigen Abbau dieser Zwangswirtschaft leise herbei. Daß Herr Dr. Wittern mit der ganzen Gelehmacherei auf dem Kriegsfuß steht, nimmt nicht wunder. Er, der Verteidiger der Grundrechte der Deutschen, würde am liebsten die ganze Sache umdrehen. Aber bei einer „ein Mann starken Fraktion“ hält dieses Unterfangen immerhin etwas schwer. Paragrafen, deren Sinn Sonderinteressen beim Mitleid nehmen und das Allgemeinwohl vorantreiben, möchte man gerne umdeuten. Bei gutem Willen kann aber auch, wie der Vorsitzende in aller Gemütsruhe ausplauderte, ein Jurist daraus klug werden. Unser Fraktionsprediger Adolf Löwig beschränkte sich auf die Feststellung, daß sich seine Freunde mit der Tendenz des Gelehes einverstanden erklärten. Er empfahl eine möglichst rasche Ausschüßberatung. Um diesen Beschluß festzulegen, hatte man 1½ Stunden lang Reden gehalten, die ihren beachtlichsten Zweck aber doch verfehlen werden.

Die Wächter unserer Stadtklitter sitzen in der Wölle. Sie begahnen nach wie vor Friedenspatrie, obwohl die landwirtschaftlichen Produkte überhöht im Preise gestiegen sind. Aber sie befinden sich, um in der Sprache des Herrn Dr. Wittern zu reden, in der glücklichen Lage, das Grundrecht der Deutschen für sich in Anspruch nehmen zu können. Sie haben ihren Vertrag, der ihnen nach auf Jahre hinaus das Ertragsrecht für einen Pappenspiel sichert. Genosse Bed schneit diese zeitgemäße Frage einmal gründlich an. Auch die Frage war angebracht, wie sich wohl die Wächter verhalten würden, wenn die Sache umgekehrt läge. Bisher konnten die landwirtschaftlichen Produzenten immer ganz gut schreien, sie können auch — wie Figura zeigt — sich mit eisigem Schweigen umhüllen.

Das Provisorium für das Schulgeld wurde angenommen. Es bringt keine Erleichterungen, trotzdem sich die gewaltige Erhöhung im Haushalte recht lässlich machen wird. Vielleicht bringt die zu erwartende Schulfsteuer den Bedrängtesten noch etwas Luft. Doch die Ausgaben des Staates für die Schulen sind so gewaltig angewachsen, daß der Trost auf bedeutende Schulgebührenerhöhung nur schwach bleiben wird. Genosse H. Ehlers ergänzte den Ausschüßbericht, den wir kürzlich im größeren Auszuge wiedergegeben hatten.

Herr Hauptpastor Raniß (Dsh.) und sein Fraktionsgenosse Henk bewilligen, wie wenig ihnen die Förderung unseres staatlichen Bibliothekwesens, das sich nunmehr längt an die breitesten Kreise wendet und hochwertige Bildungsarbeit treibt, am Herzen liegt. Bis auf ganz wenige Mitglieder aber stimmte die Bürgerschaft der Senatsvorlage zu. Die Bremsspolitik der Konserativen in Bildungsfragen ist die gleiche wie früher geblieben. Herr Henk bezog daraufhin ja auch die nötige Abfuhr und Herr Pastor Raniß mußte sich sagen lassen, daß die Vereins-Bücherhalle, für die er mit unbedingten Behauptungen eintrat, bisher glücklich ihre Pflanz für die Verbesserten mit zu sorgen vermag, und daß es eine gute Dreißigert sei, jetzt noch dem Direktor der Bücherhalle die Landarbeiterschaft ins Leben zu führen, die eine neue Bücherhalle am 1. Juni 1920

Bücherhalle in Anspruch zu nehmen. Gen. Schermer hätte noch hinzusetzen können, daß die Vereins-Bücherhalle, deren Verstaatlichung und Anschließ an die Stadtbibliothek immer dringender aus der Bürgerschaft heraus gefordert wurde, ihre eigenen Pflichten in den Vorstädten, für die sie in ihren Jahresberichten offiziell zehmet, in größtlichem Glanz, ja in einem Zustande läßt, der in der Zerkumtheit der Bücher jeder Beschreibung spottet, ohne daß die züchtigen Verwalterinnen der Vorortsbüchereien eine Schuld dabei treffen dürfte. Die Perspektiv, die sich daraus für die Wandlerbücherei ergeben hätte, wenn der Vorschlag des Herrn Pastor Raniß angenommen wäre, wäre ähnlich trostlos gewesen, während nunmehr durch Annahme des Senatsantrages, die bereits z. T. in Tätigkeit gefetzte Wandlerbücherei von innerlichem (Courts-Mahler) und äußerlichem Schmutz frei gehalten ist.

## Aus dem Sommerfahrplan.

Die Eisenbahn-Generaldirektion Scherwin teilt mit: Die Schnellzüge D 1 und D 2 zwischen Hamburg und Stettin, seit etwa 50 Jahren verkehrend, fielen seit 1918 aus. Vom 1. Juni an werden diese Züge wieder gefahren. Zug D 1 nimmt außer andern in Hamburg die Anschlüsse von den D-Zügen aus Frankfurt (Main) und Köln auf. Bad Reichen 10,28 — 10,31, Gültrow 11,20 — 11,26, Neubrandenburg 12,59 — 1,05, Stettin an 2,50 Uhr. — Zug D 2. Stettin ab 1,59, Neubrandenburg 3,40 — 3,46, Gültrow 5,10 — 5,16, Grevesmühlen 6,27 — 6,30, Lübeck 7,10 — 7,18, Hamburg an 8,22 Uhr. In Hamburg bestehen Schnellzuganschlüsse nach Köln und Frankfurt (Main) mit Schlafwagen, in Stettin nach und von Stoll. Die Schnellzüge D 1 und D 2 führen Speisewagen zwischen Hamburg und Neubrandenburg. Das Reichsverkehrsministerium hat diese Schnellzüge nur bis auf weiteres genehmigt; sofern sie nicht ausreichend besetzt sein werden, müssen sie im Winter wieder wegfallen. Im Anschluß an die Züge D 7 und D 8 zwischen Hamburg und Rostock werden die Schnellzüge D 150 und 149 zwischen Rostock und Stralsund mit Anschluß nach Sapnik (Schweden) verkehren. In diesen Zügen laufen besondere Wagen zwischen Hamburg und Sapnik. Der historische Hakt der Züge D 7 und D 8 in Bülow entfällt. Der Personenzug 308 Neubrandenburg—Hamburg wird ab Gültrow früher durchgeführt, ebenso wird der Personenzug 338 Stettin—Hamburg beschleunigt, beide Züge erhalten dadurch bessere und neue Anschlüsse. Diese Beschleunigung überträgt sich auf die Züge der Seitenrichtungen, so daß Personenzug 24 Wismar—Ludwigslust bereits 10,26 (bisher 11,30) in Ludwigslust eintrifft und dadurch den Anschluß an den Schnellzug D 3 Altona—Berlin, Berlin an 1,20 nachm., erreicht. Der historische Anschluß an den Personenzug — Berlin an 4,44 nachm., — bleibt nebenher bei Bestand, kann ab Schwerin 10,20 auch über Hagenow erreicht werden.

Für die Errichtung einer Energiewirtschaftsstelle wird der Lübecker Bezirksverein Deutscher Ingenieure. Wie er uns schreibt, hat es sich der aus seinen Mitgliedern gewählte Wärmeauschüß zur Aufgabe gestellt, neben der für Hausbrand und Zentralheizungen bestehenden Heizberatungsstelle eine Energiewirtschaftsstelle als selbstverwaltende Interessengemeinschaft der Energieerzeuger zu schaffen und er wird darin unterstützt von dem Reichsstatler und der Hauptstelle für Wärmewirtschaft in Berlin, sowie der auch für Lübeck geltenden Kohlenwirtschaftsstelle in Hamburg. Um die Energieerzeuger mit der wärmewirtschaftlichen Materie an den neuesten Erkenntnissen und Beiträgen in der Energiewirtschaft bekannt zu machen und die Grundlage zur Bildung einer solchen bezirklichen Energiewirtschaft zu geben, hat der Wärmeauschüß des Lübecker Bezirksvereins Deutscher Ingenieure eine der anerkannten Fachgruppen, Herrn Prof. Eberle von der Hauptstelle für Wärmewirtschaft zu einem Vortrage gewonnen, der am Freitag, dem 27. Mai, in der Aula des Johanneums stattfindet.

Das Lübecker Städtetheater eröffnet demnächst in Schwartaus „Kiesehusch“ ein Freilichttheater. Die Aufführungen am Winasträß anlässlich des Tagesabends haben den Beweis geliefert, daß sich der vorgezeichnete Platz außerordentlich gut für eine Freilichtbühne eignet. Das Gewerkschaftssekretariat empfiehlt allen Gewerkschaftsvorständen, Betriebsräten und Betriebsobleuten ihre Kollegen auf diese Einrichtung aufmerksam zu machen und darauf hinzuweisen, daß Vorzugskarten im Gewerkschaftssekretariat zu haben sind. Auch dem Parteilsekretariat sind Dauerkarten zu ermäßigtem Preis zur Verfügung gestellt worden. Zur Ausführung gelangen u. a.: „Die verurteilten Glöck“, von Gerhart Hauptmann, „Glaube und Feind“, v. Schönerr, „Der Meiboldsbauer“ v. Angenruber. Die Direktion sichert für eine gediegene Aufführung.

Stadttheater. Auf die Abonnementeinladungen im Infanterie sei besonders hingewiesen. Die Tauesabonnements sind geblieben wie bisher, für 40, 20 oder 10 Vorstellungen, je zur Hälfte Oper und Schauspiele, nur das Sonnabendabonnement ist geändert worden und zwar auf 20 Vorstellungen, 12 Opern, 8 Operetten und 5 Schauspiele. Anmeldungen der bisherigen Abonnenten täglich von 10—1 Uhr und von 4—7 Uhr in der Theaterkasseler, Eingang Fischergrube.

Dansa-Theater. Resultate vom Montag: Zu dem Boykott Wehran gegen Scharudin, der über 10 Kunden wählte, siegte Scharudin nach Punktzahlung. Der Kampf Anlio gegen Westergard-Schmidt wurde wegen vorgeschickter Polizeistunde abgebrochen. In dem Kampf Wildmann gegen den Herzules Swaton wurde der letztere wegen unfairen Ringens disqualifiziert. — Heute Dienstag gibt es im Dansa-Theater wieder einen Großkampf und zwar 2 Entscheidungskämpfe zwischen den beiden Weltmeistern Anlio und Romanoff, ferner der Herzules der Tschoko-Slowatki Swaton gegen den Weltmeister Westergard-Schmidt. Außerdem ringt noch Stromski gegen den Westerrichter Wildmann.

Ein Gartenkonzert im Kolosseum veranstaltet heute, Dienstag, Herr Kapellmeister Sulanke. Fr. Oke Buchholz und Herr Josef Immenhoff wirken mit.

Stadttheater. Mittwoch, Der fliegende Holländer; Donnerstag, Ein Traumspiel; Freitag, Elektra.

Theoretischer Meisterkursus. Die Gewerbetammer teilt nochmals mit, daß Anmeldungen zum theoretischen Meisterkursus noch bis zum 31. Mai d. Js. in der Kasse der Gewerbetammer angenommen werden.

Badeanstalt Falkenbäum. Wassermenge am 24. Mai: morgens 6 Uhr 19°; mittags 12 Uhr 20° Celsius.

pb. Diebstähle. Aus einer Villa in Travemünde sind mittels Einsteigens zwei Paar Herrenstiefel, ein Paar Damenpantoffeln und einige Lebensmittel gestohlen worden. — Aus einer Bodenlammer in der Breiten Straße sind mittels Einbruchs folgende Sachen gestohlen worden: Eine Kinderstube, 1 Paar Kinderstiefel, eine seidene Zipfelmütze, eine seidene Mütze, eine Kinderwagenbede, 3 Kopfkissenbezüge, 3 Damastbettbezüge, 2 Betttücher, 1 Ballspiel, eine Kaffeekanne, 7 Handtücher, 3 Damenkleider, 1 weißes Kleid, 4 Tafeldecken, 3 Servietten, eine Nachjacke, 6 silberne Eßbesteck, 5 silberne Teelöffel, eine Waschkümmel und mehrere Kinderuntertücher und Kinderjacken. — Aus einem Geschäftshaus in Travemünde sind 1 Paar schwarze Herrenstiefel, 2 Paar Damenhalbschuhe und 6 große Tischlächer gestohlen worden. — Aus einem Hause der Yorkstraße ist ein schwarzer, mit seidener Sprengel besetzter Gehrodanzug gestohlen worden.

pb. Der Lübecker... Ein großer Gegenstand wurde von einem Kessel in der... gestohlen. Das... hat sich nicht mehr auf der... gefunden und am...

war es jetzt an allen vier Hufen beschlagen, während nordem nur die Hinterhufe mit Beschlag versehen waren. Wahrscheinlich wurde das Pferd einige Tage benutzt.

# Angrenzende Gebiete.

Stettin. Gemeindevertreterwahl. Mit der Verwendung des angekauften Gutes Stettin hatte sich die Gemeindevertretung zu befassen. Zunächst verlas der Gemeindevorsteher ein Schreiben von der Postbank, worin diese mitteilte, daß die Gemeinde für das angekaufte Gut Stettin kein Geld von der Post erhalten könnte. Wir haben schon in einem früheren Bericht darauf hingewiesen, mit welchen infamen Mitteln die Bürgerlichen in der Gemeinde arbeiten, um den Beschluß der sozialdemokratischen Mehrheit der Gemeindevertretung zu Fall zu bringen. Daß ihr das nicht gelingt, dafür werden die Sozial schon aufpassen. Es gibt ja noch genügend andere Banken, genügend, worauf die rüchtländige Gesellschaft von der Gemeinde Stettin kein Geld zu erhalten. Die Debatte über die bürgerliche Ruffiniertheit zeilte denn auch, daß die sozialdemokratische Gemeindevertretung alles daran setzen wird, um das Gut der Gemeinde zu erhalten. Beschlossen wurde, die Gebäude und dasjenige Areal abzukufen, wofür die Gemeinde keine Verwendung hat. Der Markt mit Anlagen soll als Sport- und Spielplatz der Gemeinde bleiben. Somit fällt der Bericht in „General-Anzeiger“, die sozialdemokratische Gemeindevertretung plane im Herrenhaus eine Restauration einzurichten, als Lügengepinkel in sich zusammen. In diese Viertelpolitik hat in der sozialdemokratischen Fraktion kein Mensch gedacht, aber die blödesten Lügen und Verleumdungen werden zusammen geküßt, um der sozialdemokratischen Gemeindevertretung etwas aus Feuer zu fischen. Der Punkt: Besteuerung der Federkuruswagen wurde erledigt. Es lag ein Entwurf der Gemeinde Gandersee vor, der angenommen wurde. Danach soll für den ersten Wagen eine Steuer von 200 Mk., für den zweiten 300 Mk. und für jeden weiteren Wagen 500 Mk. erhoben werden. Mit dieser Steuer waren die bürgerlichen Vertreter nicht einverstanden, weil es ihre Genossen sind, die diese Steuer bezahlen sollen. Wir kennen ja unsere Pappengeimer, die das Steuernahlen gern den Kopf- und Handarbeitern überlassen. Dem Geluch des Gemeindevorstehers um Gehaltsszulage wurde entsprochen. Beschlossen wurde, ihm 15 000 Mk. zu bewilligen. Der Tochter des Gemeindevorstehers, die als Schreibhülfe im Gemeindebüro tätig ist, soll 1000 Mk. das Jahr mehr erhalten. Wir möchten bei dieser Gelegenheit der Arbeiterschaft von Stettin zurufen: Markt Euch das Verhalten der bürgerlichen Vertreter im Gemeindepalament und ebenfalls die lügenhaften Berichte über die sozialdemokratischen Gemeindevertreter in „General-Anzeiger“, wo auch noch über die verschuldete Gemeinde gefaselt wird. Es gibt in unserer Provinz früher besser situierte Gemeinden, die noch eine viel größere Schuldenlast aufzuweisen haben als unsere Gemeinde. Wir haben für unser Schulden bis heute noch immer Deckung. Oder sind die Gebäude nichts wert, die der Gemeinde gehören? Arbeiter von Stettin, seid einig, organisiert euch, soweit es noch nicht geschehen ist und tretet der sozialdemokratischen Partei bei, damit wir bei den kommenden Gemeindevorwahlen ein geschlossenes Ganzes gegen die bürgerliche Gesellschaft sind. Dann wird es der rüchtländigen Gesellschaft nicht gelingen, ihre dunklen Pläne zu verwirklichen.

z. Nienburg a. d. Stecknitz (Fr. Herzogtum Lauenburg). In der öffentlichen Volksversammlung sprach am Sonnabend, dem 21. Mai, in Woltersdorf Gen. Zimmer-Belohof über die außen- und innenpolitische Lage und zeigte an der Hand zahlreicher Beispiele aus dem täglichen Leben das Lügengepinkel der bürgerlichen Parteien, die alle Schuld an den gegenwärtigen Verhältnissen der Sozialdemokratie zumeisten und alles Teil in der Rückkehr zu den Zeiten, Machtverhältnissen und Staatsformen vor dem Kriege sehen. Seine Aufforderung, die einzige Partei, die retten, beileben und erlösen kann, die S.W.D. zu unterstützen, fand allseitigen Beifall. Der Ortsverein erhielt durch Neuanmeldungen Zuwachs. Die Aussprache mit einem Deutschnationalen verneinte den vollen Erfolg, den die S.W.D. an diesem Abend zu verzeichnen hatte.

Hamburg. Die Folgen einer Bierreise. Ein Bote und ein Seemann zehnten am Sonnabend bis zum Sonntag früh. Auf dem Nachhauseweg gerieten sie in einen heftigen Streit, in dessen Verlauf plötzlich drei Schüsse fielen und einer der beiden zu Boden stürzte. Nach ehe Passanten eingreifen konnten, hatte der Schütze sich auch bereits durch den Kopf geschossen. Beide kamen ins Hafentrankenhaus und sind dort am Sonntag mittag gestorben.

Schwerin. Ein Gejammer über die eigene Schuld wird in der bürgerlichen Presse Mecklenburgs angestimmt. Wir lesen da: „Mecklenburgs Ausverkauf! Es ist gekommen, wie es kommen mußte. Der sinnlose Ausverkauf weiler ländlicher Bezirke Mecklenburgs in die Großstädte hat zu einem empfindlichen Rückschlag geführt. Es mangelt an Ware, sie steigt im Preise oder will trotz des fortjährenden Sommers sich von der Höhe ihrer ungeheuerlichen Forderungen nicht herabbequemen. Und zu gleicher Zeit läuft man in Hamburg und Berlin dieselbe Ware erheblich billiger. So viel billiger, daß Mecklenburg anfängt, seinen Bedarf — in Hamburg zu decken. Die Händler in Lübeck z. B. beziehen fast ihr ganzes Gemüse aus Hamburg. Dort ist Heberflut, in Lübeck großer Bedarf. Aber nicht nur allein die Kleinstädter, selbst die ländliche Bevölkerung eilt in Scharen nach der Großstadt. Hüfner und Entenfüßen, Göljel und Zirkeln werden auf dem Geflügelmarkt der Großstadt preiswert erworben und nach Mecklenburg gebracht.“ — Die Gelücht der Landbevölkerung rächt sich recht.

Gültrow. Im moorjagen Grunde erstickt. Die beiden 12- und 13-jährigen Söhne eines Bahnwärters badeten in der Nebel, wobei sie an eine moorige Stelle gerieten, die die Knaben festhielt und allmählich in sich aufnahm. Die Knaben sind zweifelsohne in dem moorigen Grunde der Nebel erstickt. Ein dritter Knabe aus Brimerburg sah die beiden Knaben untergehen, konnte aber nicht rechtzeitig Hilfe herbeiführen.

Rosoff. Herzfelds Gluck und Ende. Wie die „Meckl. Volkszeitung“ berichtet, wurde auf dem Bezirks-Parteitag der Kommunisten in Schwerin folgende Resolution einstimmig angenommen:

Der Bezirksparteitag stellt der Zentrale anheim, sofort folgenden Antrag zur Durchführung zu bringen: Der Bezirksparteitag fordert die Zentrale auf, sofort von dem Abgeordneten Genossen Herzfeld zu verlangen, daß er sein Mandat und etwaige andere Parteifunktionen niederlege.

Herzfeld hat dem Gut von Moskau nicht genügend Referenz bewiesen und sich zu der Kritik Paul Levis an der traurigen Witzaktion bekannt. 20 Jahre lang war Herzfeld Kandidat resp. Reichstagsabgeordneter der mecklenburgischen Sozialdemokratie, wurde dann Unabhängiger und zuletzt Kommunist. Da diese Unentwachten keine selbständig denkenden Menschen gebrauchen können, ließen sie der Reihe nach aus dieser Selbsteigenschaft. Uebrigens setzte sich ein Berliner Kommunist, der als Korrespondent gegen das Mitalied der Zentrale sprach, für Herzfeld ein und nagelte fest: „Die Kommunistische Partei wäre jetzt ganz offen zum Aufschismus übergegangen.“

Dienburg. Von einem Stier getötet. In dem benachbarten Gandersee wollte der Seminarist Studthoff vom oberbärtigen Hause aus einen Stier zum Decken führen. Das sonst harmlose Tier wurde wild, wandte sich gegen den jungen Mann und nahm ihn auf die Hörner. Die Verletzungen des Seminarsisten waren so schwer, daß er nach wenigen Minuten starb.

Verantwortlich für Politik Dr. J. Leber; für Rubrik Freiheit, Lübeck und Mecklenburg Herrmann Bauer; für Partei und Gewerkschaftsbewegung August Götz; für Schleswig-Holstein Herrmann Steinberg; Verleger: Heinrich Stietgen; Druck: von Friedrich Meyer & Co. Lübeck.



# Bekanntmachung

betreffend den Verkehr mit Milch.

Auf Grund des § 8 der Verordnung über den Verkehr mit Milch vom 30. April 1921 (R. G. Bl. S. 498) verordnet das Landesverwaltungsamt:

§ 1.

Es ist verboten:

1. Vollmilch, Magermilch und Sahne in gewerblichen Betrieben zur Herstellung von anderen Erzeugnissen als von Butter und Käse zu verwenden;
2. Vollmilch und Sahne in Konditoreien, Bäckereien, Gast-, Schank- und Speisewirtschaften sowie in Erfrischungsräumen zu verarbeiten;
3. Sahne in den Betrieben zu bringen außer zur Herstellung von Butter und Käse in gewerblichen Betrieben und außer zur Abgabe an Kranke und Krankenanstalten auf Grund amtlicher Weisung;
4. geschlagene Sahne (Schlagsahne) oder Sahnepulver herzustellen.

Auf ausländische Bauernsahne finden die Vorschriften der Nr. 1 und 3 keine Anwendung.

§ 2.

Wer im lübeckischen Staatsgebiet Handel mit Milch treiben will, bedarf hierzu der Erlaubnis des Landesverwaltungsamtes. Dieser Erlaubnis bedürfen auch diejenigen Personen, die bisher den Handel mit Milch bereits betreiben. Die Erlaubnis kann verweigert werden, wenn einer genügenden Anzahl Personen die Erlaubnis bereits erteilt ist, oder wenn der Nachsuchende in Bezug auf diesen Handel unzuverlässig ist. Aus letzterem Grund kann auch die Erlaubnis zurückgenommen werden. Unzuverlässigkeit liegt insbesondere dann vor, wenn die betr. Person wegen Milchfälschung oder wegen Zuwiderhandlung gegen die in Bezug auf den Verkehr mit Milch erlassenen Vorschriften bestraft ist, oder wenn sie für Milch übermäßige Preise bietet oder fordert.

§ 3.

Vollmilchverföhrungsberechtigt sind:

- a) Kinder bis zum vollendeten 8. Lebensjahre,
- b) stillende Frauen,
- c) schwangere Frauen,
- e) Kranke.

Der tägliche Bedarf der Vollmilchverföhrungsberechtigten wird festgesetzt auf:

- a) 1 Ltr. für Kinder im 1. und 2. Lebensjahre soweit sie nicht gestillt werden;
- b) 1 Ltr. für stillende Frauen für jeden Säugling;
- c) 1/2 Ltr. für Kinder im 3. und 4. Lebensjahre;
- d) 3/4 Ltr. für schwangere Frauen;
- e) 1/2 Ltr. für Kinder im 5. bis 8. Lebensjahre;
- f) bis 3/4 Ltr. für Kranke, welche die Ursache ihrer Erkrankung glaubhaft nachweisen.

Unter den Vollmilchverföhrungsberechtigten stehen den Kindern im 1. und 2. Lebensjahre und den stillenden Frauen der Vorrang zu.

§ 4.

Die Milchverkäufer haben Vorsorge zu treffen, daß die Vollmilchverföhrungsberechtigten die ihnen zustehenden Milchmengen erhalten, sie dürfen diese Mengen nur dann überschreiten oder Vollmilch an nicht Verföhrungsberechtigte veräußern, wenn sie über überschüssige Milch verfügen.

Muß infolge ungenügender Milchzufuhr eine Kürzung der Bedarfsmengen eintreten, so muß diese Kürzung gleichmäßig auf die Bezugsberechtigten verteilt werden. Den Kindern im 1. und 2. Lebensjahre und den stillenden Frauen soll aber auch dann möglichst die volle Menge verabfolgt werden.

Treten in dem Betriebe eines Verkäufers Störungen ein, welche die Milchverföhrung seiner Kunden voraussichtlich länger als drei Tage wesentlich beeinträchtigen, oder stehen solche Störungen bevor, (durch Kündigung der Milchlieferungsverträge oder durch sonstige Umstände) so hat der Verkäufer sofort dem Landesverwaltungsamt Anzeige zu erstatten.

§ 5.

Von der Einrichtung seiner Kundenlisten wird vorzuziehend und solange sich die Milchverföhrung ohne Störungen vollzieht, abgesehen. Die Belieferung der vollmilchverföhrungsberechtigten Personen erfolgt auf der Grundlage freier Vereinbarung mit einem zugelassenen Milchhändler. Sollte in einzelnen Fällen eine derartige Vereinbarung nicht zustande kommen, ist dem Landesverwaltungsamt Anzeige zu erstatten, worauf die Zuteilung an einen Milchhändler erfolgt.

§ 6.

Die Milchhändler haben genau Buch zu führen über:

1. die Menge der angelieferten oder in eigenem Betriebe gewonnenen Vollmilch;
2. die Menge der verarbeiteten Vollmilch; und
3. die Menge der verkauften Vollmilch.

Die Aufzeichnungen sind wöchentlich abzuschließen, damit sie einen klaren Ueberblick über den jetzigen Stand der Milchverföhrung geben. Die Bücher sind auf Verlangen dem Landesverwaltungsamt vorzulegen oder den Beauftragten des Landesverwaltungsamtes auszuhandigen.

§ 7.

Zu widerhandlungen gegen die vorstehenden Vorschriften werden auf Grund des § 10 der Verordnung über den Verkehr mit Milch vom 30. April 1921 mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Neben der Strafe kann auf Einziehung der Erzeugnisse erkannt werden, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Unterbrechung, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

§ 8.

Das Landesverwaltungsamt kann Molkereien und Geschäfte, deren Unternehmer oder Leiter sich in Befolgung der Vorschriften, die ihnen durch die Verordnung über den Verkehr mit Milch vom 30. April 1921 oder durch die vorstehenden Bestimmungen auferlegt sind, unzuverlässig erweisen, schließen, oder durch Beauftragte führen lassen.

§ 9.

Die Vorschriften dieser Bekanntmachung gelten nur für Kuhmilch, auf Dauermilch finden sie keine Anwendung.

§ 10.

Diese Bekanntmachung tritt mit dem 1. Juni 1921 in Kraft. Mit dem gleichen Zeitpunkt treten alle früher erlassenen Vorschriften über den Verkehr mit Milch außer Wirksamkeit.

Lübeck, den 23. Mai 1921.

(2200)

Das Landesverwaltungsamt.

Zu fern gut mögl. Berber:

Stamm: Standorfer 13, III.

(2208)

1. Milchhof u. Spiegel 2. u. 3.

Georgstr. 21, III.

Wock. u. e. Sall. 3. u. m.

Unterlegbl. billig zu verl.

2193) Rosenstraße 17/14.

Altporzellan-Gez. 1. u. 2.

M. Fr. u. M. W. e. b. G. p. (2210)

Gehrock u. Weste zu verk. Preis 400 Mk. Nach 6 Uhr. 2193) Marienstraße 6, I.

Mäntel, Kostüme, Kleider werden billig angefertigt. 2217) Fleischhauerstr. 48.

Wegen Geschäftsaufgabe

verkauft, so lange der Vorrat reicht: (2214)

Braune Honigkuchen

früher 10, 7, 5, 4.50, 3.50

jetzt 7, 5, 3.50, 3 u. 2 Mk.

Butter-Cakes, „Speculatius“

früher 1/4 7 4.50 und 3

jetzt 3 und 2

Pflaumenkuchen, früher 8,—

jetzt 5 Mk. pro Pfund.

Cracker Jack, sonst 8,—

jetzt 2,— Mk.

Edel-Kastanien, Pfd. 1 Mk.

Haferslocken, Pfd. 2.40, 2.50

Kakao, 1/4 Pfd. 2.50 Mk.

Reismehl zum Backen 2.00

Vollreis 1/2, 2 Mk.

weiße Bohnen Pfd. 1.50 Mk.

grüne Zuckererbsen 2 Mk.

Spießel 1/4 Pfd. 10 Mk.

Schott. Fettheringe St. 65, 8

Salzgurken St. 25, 30, 35

Gemüse-Konserven:

Brechsparget 2-Mark-Dose 6 Mk.

Erbsen 1-Mark-Dose 3.50 Mk.

Puddingpulver, Rote Grütze

1/2 Pfd. 50, 1/2 Pfd. 1/2

Stearinkerzen das Stück

90, 100, sowie verschiedene

Wetne bedeutend unter Preis

Heinrich Vick

Untertrave 66.

— Wer erfindet? —

Die Industrie sucht Erfindungen. Anregung zum

Erfind. in uns. Broschüre

mit Gutscheine über 20 Mk.

umsonst.

Industr. u. Handelsges.

Lüpnig 156, Windmühlenstraße 1/5

Konkurrenzlos billig!

Gleg. Hausstandskleid. 35,—

„Straßenkleider“ 75,—

„Wollkleider“ 35,—

„Gendbitten“ 45,—

„Wachblüten“ 29,—

„Drahtkleider“ 60,—

„Köcke“ 39,—

Franz Wehrendt

Balauerstr. 35. (2211)

Gelegenheitskauf!

von Taschenuhren unter

Garantie. Reparaturen

schnell und billig.

Kaufe Gold und Silber

zu hohen Preisen.

Matern, Uhrmacher

Beckergrube 26. (2218)

Neues

Liederbuch

für Arbeiter

und Naturfreunde

Mk. 1.20.

Buchhandlung

Friedr. Meyer & Co.,

Johannisstraße 46.

Anzeigen

für hiesige und

auswärtige Zeit-

schriften und Zeit-

schriften vermittelt

zu Original-

preisen.

Die Geschäftsstelle des

„Lübecker Volkshoten“

Johannisstraße 46.

Luisenlust.

Morgen Mittwoch: T a n z.

Damen Eintritt frei. (2190)

Die Butter

kommt am 1. Juni in den freien Handel. Wir

stellen von da an unseren Mitgliedern

allerfeinste Meiereibutter

zur Verfügung. Um einen Ueberblick über die

Butterverteilung zu gewinnen, bitten wir, sich jetzt

sofort bei unserem Milchhändler, von dem bisher

Milch bezogen wurde, unter Angabe des unge-

fährten wöchentlichen Butterbedarfs zu melden.

Mitglieder, die von uns bisher nicht mit Milch

beliefert wurden, aber Butter von uns beziehen

wünschen, werden gebeten, dies in unserer Ge-

schäftsstelle, Könisstraße 13, vormittags von 9—12

Uhr zu melden. (2215)

Lübecker Gemeinnützige Milchversorgung

v. S. m. d. H. zu Lübeck.

Donnerstag, den 26. Mai, abends 7 1/2 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses

# Öffentliche Volksversammlung.

Tagesordnung:

## 1. Das Gebot der Stunde.

Redner: Reichstagsabgeordneter Otto Braun, preussischer Ministerpräsident a. D.

## 2. Freie Aussprache.

Parteilgenossen und Parteilgenossinnen erscheint in Massen.

Eintritt für Mitglieder 50 Pfg., Nichtmitglieder 1.00 Mk.

Sozialdemokratischer Verein.

# Stadttheater Lübeck

Direktion: Paul von Bongardt.

EINLADUNG

zum

# Massen-Abonnement

für die Spielzeit 1921-22

1. August 1921 bis 31. Mai 1922.

Theaterbehörde und Direktion sind nach wie vor bestrebt, die Eintrittspreise so gering zu halten, wie es die Zeitverhältnisse gestatten. So dürfte auch bei Festsetzung der Eintrittspreise für die Spielzeit 1921/22 die Tatsache hervorgehoben werden, daß wohl keine Bühne im Range Lübecks und Durchführung des Spielplanes so niedrige Preise aufweisen kann. So hat z. B. Bremen in der kommenden Spielzeit Preise von 28.— Mk. an abwärts in der Oper, von 26.— Mk. an abwärts im Schauspiel, Kiel von 26.60 Mk. an abwärts im Schauspiel und in der Oper. Die Lübecker Preise sind für die kommende Spielzeit von 18.— Mk. an abwärts in der Oper, von 14.— Mk. an abwärts im Schauspiel angesetzt.

Die Abonnementspreise haben den Eintrittspreisen gegenüber eine große Ermäßigung erfahren.

Den bisherigen Abonnenten werden ihre Plätze für die kommende Spielzeit freigehalten und zwar zur schriftlichen oder persönlichen Meldung

für die Dienstag-Abonnenten Mittwoch, den 25. Mai

„ „ Mittwoch „ 26. „

„ „ Donnerstag „ 27. „

„ „ Freitag „ 28. „

„ „ Sonnabend „ 29. „

„ „ Montag „ 30. „

Für Neuanmeldungen 12. bis 25. Juni. Schriftliche Anmeldungen an die Theaterkanzlei, persönliche an den angegebenen Tagen von 11—1 Uhr und 5—7 Uhr in der Theaterkanzlei — Eingang Fischergrube.

Prospekte bei den Logenschließern, an der Theaterkasse sowie in allen Buchhandlungen. (2197)

	Ganz-Ab. 40 Vorst.	Halb-Ab. 20 Vorst.	Viert.-Ab. 10 Vorst.	Sonnab.-Abonn.	Tagespreise			Durchsch. Preis im Abonn.
					Schausp.	Oper	Sonntags	
1. Gruppe	420.—	210.—	105.—	280.—	14.—	18.—	20.—	10.—
2. Gruppe	384.—	192.—	96.—	210.—	12.—	16.—	18.—	9.60
3. Gruppe	320.—	160.—	80.—	175.—	10.—	14.—	16.—	8.—
4. Gruppe	270.—	135.—	67.50	150.—	8.—	12.—	14.—	6.75
5. Gruppe	220.—	110.—	55.—	120.—	6.—	10.—	12.—	5.50
6. Gruppe	160.—	80.—	40.—	90.—	5.—	7.—	8.—	4.—
7. Gruppe	96.—	48.—	24.—	52.—	3.—	4.—	5.—	2.40

Die Gruppeneinteilung ist etwas geändert, es bestehen anstatt 5 nunmehr 7 Gruppen.

Die neuen

## Postgebühren

— 50 Pfg. —

Friedr. Meyer & Co.,

Johannisstr. 46.

Luisenlust.

Morgen Mittwoch: T a n z.

Damen Eintritt frei. (2190)

## Kolosseum Ball

Jeden Mittwoch und Sonnabend Anfang 6 Uhr.

Heinrich Ohde.

(2191)

## Kolosseum.

Jeden Dienstag und Freitag, zuerst

am Dienstag, dem 24. Mai, abends 7 1/2 Uhr

## Garten-Konzert

unter Leitung des Herrn Kapellmeisters Robert Sulanke und unter Mitwirkung von Frä. Else Buchholz und Herrn Josef Immendorf vom Lübecker Stadttheater.

Karten sind bei Herrn Ernst Robert, Breite Straße 29, Friedr. Nagel, Am Markt 14, und im Kolosseum zu haben. Eintrittspreis: Einzeltarte Mk. 2.—, Dugendkarten Mk. 20.— zuzüglich Steuer.

1/2 Stunde vernichten Sie unter Garantie Kopf-, Filz- und Kleider-

sow. Bluf (Niss), Wanzen, Flöhe

g. gesch. Mitt. Wund. unschädlich

Verk. nur H. Wiese, Aegidienstr. 4.

Läuse

Deutscher Holzarbeiter-Verbd. Zahlstelle Lübeck.

## Außerordentliche Mitglieder-Versammlung

am Mittwoch, dem 25. Mai

abends 8 Uhr,

im Gewerkschaftshaus.

Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.

Kein Mitglied darf fehlen.

Die Ortsverwaltung ersucht 7 1/2 Uhr im Bureau

(2218) Die Ortsverwaltung.

Deutscher

Transportarb.-Verbd.

Ortsverwaltung Lübeck.

## Versammlung

der

Kohlenakkordarbeiter

am Mittwoch, d. 25. Mai

abends 7 1/2 Uhr

im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung:

Innere Verbandsangelegenheiten.

## Versammlung

der Mitgliedschaft

Stockelsdorf u.

Fackenburg

am Mittwoch, d. 25. Mai

abends 8 Uhr

im Gesellschaftshaus Wiedrichsen.



## Lübecker Bürgerschaft.

b. Lübeck, 28. Mai.

Wortführer: G. Ehlers. — Beginn 8 Uhr 25 Min.  
Der Wortführer verliest eine Reihe Eingänge. U. a. von den Haus- und Grundbesitzervereinen über die neue Wohnungsordnung, des Fabrikarbeiterverbandes über Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und des Müllerverbandes über die Vergütungssteuer. — Der Senat gibt u. a. Kenntnis von den Verhandlungen über die Kündigung von 15 Straßeneinwohnern. Es wurde beschlossen, von der Kündigung zum 1. Juni abzusehen. Das Polizeiamt wird nach dem Auscheiden einzelner neue Arbeitskräfte nicht mehr einstellen und veruchen, die Leute in anderen Staatsdienststellen unterzubringen.

1. Antrag: Einrichtung von Kassenräumen im Verwaltungsgebäude Mengstraße 24. Aug. Pape (frkl.) bedauert, daß kein Bericht über den Straßenzustand gegeben wurde. Den gewaltigen Einnahmeausfall am Pfingsten hätte man verhindern können. Ferner macht der Redner Andeutungen über umgegangene Gerüchte, und spricht von einem Sympathiestreik der Straßeneinwohner, die längere Befristungen forderten, um weiter von der Arbeit wegzukommen. — Der Senatsantrag wird angenommen.

2. Antrag: Bewohnungsplan für die Weberspindel. Dreger (Soz.) erwidert auf die Unzulänglichkeit Papes, dieser hätte damit den Straßenzustand freilich vorherzusehen wollen. Von einem erfahrenen Bürgerschaftsmitglied sollte man derartige Ausführungen nicht erwarten. — Aug. Pape protestiert gegen diese Bevormundung. — Walfradt (Soz.) fragt, ob es dem Senat bekannt sei, daß die Gemeinnützige Baugesellschaft Weberspindel in auswärtigen Zeitungen ihre Häuser zum Verkauf anpreist. Die Häuser kämen doch in erster Linie für hiesige Einwohner in Frage. — Baudirektor Balzer: Es ist uns bekannt, daß die Gesellschaft derartige Absichten hat. Wir haben dieses gerügt und der Gesellschaft bekannt gegeben, daß die zu bauenden Häuser nur für hiesige Einwohner in Frage kommen. — Der Senatsantrag wird angenommen.

3. Antrag: Weitere Instandsetzung des Hauses Röhndtstr. 11. — Frk. Bartels (Dem.) wünscht in dem Hause einige Räume der Arbeit für das öffentliche Leben zur Verfügung gestellt, also zu Versammlungen usw. freigegeben; natürlich gegen entsprechende Vergütung. Zu erwägen wäre auch die Errichtung eines vornehmen Cafés, um die Anziehungskraft für dieses Haus zu verstärken. — Senator Evers betont, ein derartiger Vorschlag sei bisher nicht gemacht worden. — Ambrösius (Dem.) fragt, ob die Möglichkeit bestehe, dem Ausschuss für die Nordische Woche das gesamte Haus zur Verfügung zu stellen und ob event. ein Einnahmeausfall entsteht, wenn die Abmachungen nicht gehalten werden könnten. — Baudirektor Balzer erlaubt, daß eine Einigung erzielt werde. — Frk. Müller (Dem.) hält den Vorschlag von Frk. Bartels für durchaus ausführbar. — Der Senatsantrag wird angenommen.

4. Antrag: Ausbau des Wollmagazins. — Ad. Klein (Soz.) fragt, ob der Bau sofort auszuführen werden soll. In diesem Falle müßte die Arbeit für den Winter zurückgestellt werden, weil die vorhandenen Arbeitskräfte für den Wohnungsbau freizubehalten. — Baudirektor Balzer hält ein Hin- und Hergehen für den Winter wohl für billiger. — Senator Mehlert ist damit auch einverstanden, macht aber auf die Notwendigkeit eines großen Verwaltungsbauwerks aufmerksam. Auswärtige Arbeitskräfte sollen deshalb herangezogen werden. — Albers (Dem.) verweist auf die Gründe, die Sachverständige früher gegen einen Umbau des Wollmagazins vorgebracht. — Senator Evers: Die Bedenken bezogen sich damals nur auf das Architekt. Heute sind die Anforderungen an die Gebäude viel geringer. — Baudirektor Balzer verweist ebenfalls auf die höheren Anforderungen, die früher an Dienstbauten gestellt wurden. Zentralheizung ist für das ganze Gebäude vorgesehen. Bedenken gegen den baulichen Zustand des Hauses liegen nicht vor. — Aug. Pape (frkl.) befürchtet, daß die Balkenlagen nicht mehr tragfähig ist und daß sich nachher bedeutend mehr Unkosten herausstellen. Der Redner verweist ferner auf den Vorschlag, die Salzsäure abzulassen und die Steine für Wohnungszwecke zu verwenden. In Staatsgebäuden sollten möglichst Wohnungen hergerichtet werden. — Baudirektor Balzer hält die Balkenlage des Wollmagazins nach für gesund. Die Steine von den Salzsäurewürden für das Wollmagazin nicht in Frage kommen. Auch in den Salzsäurewürden werde neben den Lüden eine Wohnung hergerichtet. — Die Senatsvorlage wird angenommen.

5. Antrag: Verkauf der Forstfläche. — Dreger (Soz.) fragt, wieviel Quadratmeter Land und Wald mitverkauft werden.

Vom Senatstilch wird erklärt: 7000. — Schulmerich (Dem.) fordert, den Grund und Boden im Staatsbesitz zu halten. Der Preis von 800 000 Mk. sei viel zu niedrig. — Hend (Dem.) fragt, ob nicht das Erbbaurecht angewandt werden könne. — Senator Evers: Es handelt sich allerdings um ziemlich viel Grund und Boden. Der Käufer muß sich verpflichten, den Baumbestand zu erhalten. Bei der Verpachtung haben wir keine allfällige Hand gehabt. Die Pachtsumme ging für Reparaturen meistens wieder darauf. Der Staat hat sich das Vorkaufsrecht vorbehalten. — Dreger (Soz.) fordert bei der Wichtigkeit der Vorlage Ausschussberatung. — Aug. Pape (frkl.) hält den Preis für ziemlich gut. Im Falle der Senatsvorlage nicht zugestimmt werde, sei der Verkauf für dieses Jahr hinfällig. Das Haus sei stark reparaturbedürftig. — Kämpel (Dem.) ist der gleichen Ansicht. Die Kosten für die Wiederherstellung würden noch steigen. Das umliegende Grundstück sei zu diesem Restaurationsbetrieb notwendig. Die Verkaufsgelegenheit sei günstig. — Dreger (Soz.) zieht seinen Antrag zurück, fordert aber in Zukunft bessere Begründung der Vorlagen. — Albers (Dem.) nimmt den Antrag wieder auf. Wenn die Betriebe in die rechten Hände gelangten, würden sie sich auch rentieren. Man sollte sich bei derartigen Verkaufsvorhaben nicht übereilen. — Senator Evers erklärt, die besten Pachtangebote hätten 15 000—16 000 Mk. gebracht. Es sei nur zu wünschen, daß der Käufer gute Geschäfte mit dem Unternehmen mache. — Der Antrag auf Ausschussberatung wird abgelehnt, die Senatsvorlage wird angenommen.

6. Antrag: Einbau von zwei Schiffsprizen der Feuerwehr in Peinoldsdampfer. — Karl Müller (Soz.) hält den Dampfer „Möbil“ für diese Zwecke nicht geeignet, da er sich oft außerhalb des hiesigen Hafens befinde. Ebenso sei es mit dem Dampfer „Erlau“. Redner fordert Ausschussberatung. — Senator Mehlert betont, Dampfer, die stets im Hafen zur Verfügung stehen, seien schwerlich zu bekommen. Gegen eine Kommissionsberatung habe der Senat nichts anzusetzen. — Nemmann (Dem.) bittet um Annahme der Vorlage, da diese Sprizendampfer notwendig seien. — Ausschussberatung wird beschlossen.

7. Antrag: Schaffung eines Grundfonds zur Fortsetzung der Automobilisierung der Feuerwehr. — Die Vorlage wird nach den Vorschlägen des Ausschusses angenommen.

8. Antrag: Erlass einer Verordnung über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel. — Wandke (Dem.) geht auf den Wert der Vorlage ein und hebt hervor, daß nach ihr die Vermittlung von Wohnungen in Zukunft ausschließlich vom Wohnungsamte zu geschehen habe. Die Verordnung zeige Unklarheiten und Wiederholungen. Die Hausbesitzer würden in Zukunft keine Einbauten mehr vornehmen. Dadurch werde nicht nur keine Entlastung für den Staat eintreten, sondern eine größere Belastung. Die Allgemeinheit der Hausbesitzer dürften für unerhörte Mißgriffe einzeln nicht haften. Bei einer Ausdehnung der Mißgriffe würde der Wohnungsamte werden dessen Arbeiten gewaltig vermehrt, denen es sich kaum gewachsen zeigen werde. Der Redner geht die einzelnen Paragraphen der Verordnung durch und kommt zu dem Schluß, daß die bisherige Form zur Erfassung von Wohnräumen dem neuen Gesetz vorzuziehen sei. Unbedingt notwendig sei auch, bei einem Beschluß des Verfügungsberechtigten erneut zu prüfen, ob die Beschlagnahme aufrechterhalten werden könne. Der Hauswirt sei gegen die Mißgriffe machtlos, gleiches Recht für alle müsse Grundrecht sein. Die Strafen seien viel zu hoch. Eine Nachprüfung der Vorlage müsse unbedingt erfolgen. — Senator Hoff verweist auf die große Wohnungsnot, die Lübeck amliege, dem Beispiel anderer Städte zu folgen, die diese Verordnung bereits eingeführt hätten. Die Kommission müsse im Interesse der Sache schnell arbeiten. — Direktor Dr. Linz bespricht die große Wohnungsnot, von der er Beispiele aus Europa und Amerika sowie aus einzelnen Städten Deutschlands anführt. Auch in Lübeck habe sich die Not vergrößert. Im wesentlichen entsprechen die Ausführungen des Redners dem Bericht des Wohnungsamtes, den wir am Sonnabend veröffentlichten. Der Wortlaut der Verordnung sei im wesentlichen dem Reichsgesetz entnommen. Eine sofortige Annahme der Vorlage sei wünschenswert. — Dr. Wittler (frkl.) führt die Wohnungsnot zum nicht geringsten Teil darauf zurück, daß die Gegenmaßnahmen zu spät eingeleitet wurden. Die fehlende Vorlage könne ummöglicherweise Geleht werden. Es fehle ihr am System. Ohne Eingriffe in die Freizügigkeit könne die Wohnungsnot nicht behoben werden. Seit dem 11. Mai 1920 hätten wir das Recht gehabt, in die Freizügigkeit einzugreifen. Der Zugang müsse geregelt werden. Mit einer Fortwärtigkeit auf dem bisherigen Wege komme man nicht zum Ziel. Man müsse auch hier ganze und gründliche Arbeit machen. Zu bedauern sei in der Begründung der Vorlage der Passus, der auf die drohenden Folgen bei Fortdauer der Wohnungsnot hinweise. Das schicke

sich für eine Behörde nicht. — Thiel (Dem.): Der Senat hätte sich vor Einbringung der Vorlage mit der Handels- und Gewerksdaker in Verbindung setzen müssen. Allerdings sei die Not heute groß und fordere rasche Abhilfe. — Direktor Dr. Linz verweist sich gegen die Vorwürfe, die Herr Dr. Wittler gegen das Wohnungsamte erhoben hat. Ungeachtet sei keine Regelung getroffen worden. Das Wohnungsamte habe mit allem Ernst gearbeitet und nicht fortgeworfen. Die Verordnung habe die Zustimmung des Reichsarbeitsministers, die Bestimmungen hätten sich anderorts rasch eingebürgert und bewährt. — Ambrösius (Dem.) ist der Meinung, daß der Senat dem Ersuchen der Bürgerschaft, die gesamte Materie des Wohnungswesens zu erfassen, nicht nachgegeben sei. Man hätte bessere Maßnahmen treffen können. Diese Verordnung bringe nur eine Vergrößerung der Beamtenschaft, schaffe aber nicht mehr Wohnungen. Eine Beseitigung der Zwangswirtschaft auf diesem Gebiet sei noch nicht möglich, man müsse aber zum langsamen Abbau kommen. Vor allem müsse das Bauen staatlich unterstützt werden. Das vorliegende Gesetz bringe nur Unzufriedenheit zwischen Hausbesitzer und Mieter. Wer es wünsche, seine Lage recht trübe zu schildern, bekomme eine Wohnung, die weniger Reibegewandten hätten das Nachsehen. Ein gemeinsamer Ausschuss sollte die ganze Frage prüfen. — Ad. Löwitz (Soz.) erklärt, seine Fraktion sei mit der Tendenz dieser Vorlage einverstanden. Sie unterstütze alles, was geordnet erscheine, möglichst viele Wohnräume zu schaffen. Ein Vorteil des Gesetzes sei, daß auch das Landgebiet erfasst werde und daß die ganze Materie jetzt einheitlich geregelt werde. Abzulehnen sei die Forderung eines gemeinsamen Ausschusses, der vielleicht ein Jahr lang arbeiten würde. Ebenso wenig dürfe die Vorlage dem bereits bestehenden Ausschuss überwiesen werden. Sie sei einem besonderen Ausschuss zu überweisen, der mit größter Beschleunigung zu arbeiten habe und der eine Vorlage einbringe, die man annehmen könne. Daß etwas auf dem Wohnungsgebiet geschehen müsse, könne wohl niemand bestreiten. Die heutigen Zustände seien unverantwortlich. — Dr. Wittler erwidert, er habe nicht von einer Fortwärtigkeit im Wohnungsamte gesprochen, sondern von einer solchen auf der Gesetzesmacherei. — Aug. Pape (frkl.) verwendet sich für die Industrie. Gegen übertriebene Machtvollkommenheiten einer Behörde müsse Vorsorge getroffen werden. — Der Antrag Wandke (Dem.) auf Ausschussberatung wird angenommen.

9. Antrag: Schaffung eines staatlichen Fürsorge-Erziehungsheims. — Schulmerich (Dem.) stellt den Ausschussbericht. Das Ergebnis der eingehenden Beratung sei, die Annahme der Vorlage zu empfehlen. Die Erziehung der verwaisten Kinder erfordere weit mehr Mittel als bisher. Es handle sich um die Frage, ob ein Rettungshaus oder ein Erziehungsheim nötiger sei. Nötig sei keines. Wichtig sei, ein Erziehungsheim für in Gefahr der Verwahrlosung befindliche Personen. Bereits Verwahrloste müßten auswärts untergebracht werden. In der neuen Erziehungsanstalt müsse man den Wertunterricht einführen. Man erwarte für das Erziehungsheim 60 Zöglinge, für die pro Person 2700 Mark bezahlt werden müßten. Da diese Summe von den wenigsten Eltern beigetragen werden könne, würden sich die Kosten erhöhen. Auch für weibliche in Gefahr befindliche Kinder werde man ein Erziehungsheim errichten müssen. — Die Senatsvorlage wird angenommen.

10. Antrag: Beihilfe an den Verein Zentrale für private Fürsorge. — Auf eine Anfrage von Frk. Bartels (Dem.) erwidert Senator Hoff, daß sich der Staat eine Sicherung verschaffen müsse, ob die bewilligten Mittel auch sachgemäß verwendet würden. — Der Senatsantrag wird angenommen.

11. Antrag: Nachtrag zu der Vorlage vom 21. April 1920, betreffend Neuordnung des Wahlverfahrens für die Gewerbekammer. — Thiel (Dem.) stellt einige Änderungsanträge, denen Schiemann (Dem.) widerspricht. — Dr. Wittler wünscht ein besseres Deutsch in den Gesetzesparagrafen. — Die Senatsvorlage wird mit den Thielischen Anträgen angenommen.

12. Antrag: Deckung des Fehlbetrages der Gefändekrankenkasse. — Wird angenommen.

13. Antrag: Kosten der Projektarbeiten des Nord-Süd-Kanals. — Wird angenommen.

14. Antrag: Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1921. — Ambrösius (Dem.) erinnert daran, daß die Frist für das Gesetz beiz. die juristische Verantwortung der Beamten abgelaufen sei. — Vom Senatstilch wird erklärt, daß sich das Gesetz im Druck befinde.

15. Antrag: Verbesserung der Düngereinrichtungen auf dem Stadtgut Behlendorf. — Hend (Dem.) fordert Herstellung der Wallentzugsweifen und bemängelt das rasche Fahren der Autos auf der Travemünder Chaussee. Die Chausseen würden durch das an-

## Das große Tor.

Roman von Wilhelm Cremer.

27. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Was ihm aber noch mehr an Wels auffiel, war das Interesse, das dieser Mann an Wittkamp nahm. Bender war sich sofort darüber im klaren, daß der schlaue Wiener etwas mit dem jungen Menschen vorhatte. Er wollte ihn natürlich um kein Geld prellen, aber es war doch zu bewundern, wie ruhig und zurückhaltend er dabei vorging.

Beider hatte Bender zu wenig mit Martha über den Gegenstand geredet, aber er beschloß, auf jeden Fall hier einzugreifen, denn er wollte nicht, daß den beiden etwas geschähe.

Während er diesen Gedanken nachging, hielt Wels ähnelnde Ermüdungen an. Wer war dieser Freund, was wollte er? Es gefiel ihm gar nicht, daß er so mit einem Male aufgetaucht war. Wittkamp war ein Mensch, den man für eine Sache begeistern konnte, aber dann doch irgend einem neuen Entschluß folgend unberechenbare Entschlüsse faßte.

Wels hatte ihm jetzt langsam seine Idee beigebracht, sie wollten sich beide als Zwischenmeister selbstständig machen und einen Sweatshop aufbauen. Er meinte es ganz ernstlich, es war damit Geld zu verdienen. Wittkamp konnte das Ableiern und Einkassieren belohnen und bergelassen. Es gab da genug zu tun, es herrschte ja direkt Arbeitermangel in der Branche, und sie konnten für die leichteren Sachen jugendliche, billige Arbeiter heranzüchten. Wenn natürlich Wittkamp absolut nicht einverstanden wäre, würde sich Wels schon zu helfen wissen, denn er war nicht der Mann, der sich in die zweite Reihe setzen ließ.

Bei diesem Plan hatte er auch noch eine zweite Absicht. Er wußte, daß seine Frau mit einem äußerst hohen Gehalt jeden Cent sparte, daß sie von Hause regelmäßig Geld bekam. Aber jeden Dollar legte sie auf Zinsen an, und ihrem Mann, der sonst machte, was er wollte, hatte sie bisher die Verwaltung des Geldes, trotz seiner Bitten und Versprechungen zu entziehen gemußt. Er hatte sich auch schon darzulegen gegeben und spontierte ihr nicht einmal nach. Er dachte, wenn sie darzulegen, um nicht einen Behördenschein wechseln zu müssen, und freute sich im stillen, weil sie ja doch nur für ihn sammelte. Er lauerte zäh und still auf den Augenblick, der ihm das Geld von selbst bringen würde, und er war überzeugt, wenn er erst das selbständige Geschäft hatte, dann würde er mit etwas Schmiedelei seine Frau schon wegschmeißen können.

Wittkamp war für die neue Idee Feuer und Flamme, aber er hatte Wels versprochen, einzuwirken vor jedem, selbst vor

Martha, zu schweigen. Hoffentlich würde er auch mit seinem Freund nicht darüber reden. Denn dieser Bender war nicht nur, wie alle feine Angekommenen, sehr mißtrauisch, er schien auch gar nicht dumm zu sein. Der konnte auch Wittkamp so mißtrauisch machen, daß alles verdorben wurde. Und er wußte, was er selbst für Absichten hatte.

Wittkamp sah indessen zwischen seinen beiden Freunden und deren Gedanken sehr glücklich und sehr zufrieden da. Er fing an, Bender mit seiner Mißtraue zu necken und wollte es gar nicht glauben, daß die Bekanntschaft schon zu Ende sei.

„Und ich hatte mich schon so gefreut, in deiner Brauerei anzukommen.“

Bender erzählte mit der ihm eigenen Offenheit, hinter der so viel Stolz und Selbstbewußtsein lag, von seiner Niederlage.

„Man ist als Greenhorn immer ein lächerlicher Kerl, und ich hätte mich in den Krellen noch lange Zeit herumdrücken und herumtoben müssen. Aber ich muß alles auf einmal haben, sonst will ich es gar nicht. Die Miete fühlte sich als die Stärkere, sobald sie am Land war, und wollte mich erziehen. Da hatte ich die Sache auch schon bis herüber, und als sie mich einmal mit dem hübschen, trisphen Dienstmädchen traf, war sie ganz aus dem Häuschen. Aber ich glaube, sie verlangt jetzt schon wieder nach mir, und wer weiß, ob sie mir nicht in kurzer Zeit nachgelaufen kommt.“

„Nehmen Sie sich hier in acht vor den Weibern!“ sagte Wels. „Da brauchen Sie nur mit einer a bissel intim zu werd'n oder vom Heirat'n zu reden gleich läßt sie Sie durch'n Policeman verhaften und vor'n Richter schleppen. Wann Sie's beschwört, Sie hätten ihr die Ehe versprochen, nach müssen Sie sie entweder gleich heiraten, oder Sie gehen auf keine Monate ins Loch.“

„Ja, die Männer haben hier keine Rechte“, sagte ein langer Mensch, der sich ungeniert in ihr Gespräch einmischte. „An der Offseite gibt es Weiber, wenn ihnen der Mann nicht genügend Geld zum Schnapskaufen und Herumtreiben bringt, dann lassen sie ihn festnehmen und verklagen ihn, weil er seine Familie nicht ernährt. Mancher dumme Teufel läßt sich von einer alten, schneidigen Strazentrippe betödeln und heiratet sie aus Angst. Dann muß er für sie arbeiten und schuften von morgens bis abends, und bekommt noch Prügel von ihr und den Kerlen, mit denen sie sich herumtreibt.“

„Na, so eine müßte mir in den Weg kommen!“ sagte Bender. „Ich werde es ihr schon belohnen.“

Aber der Lange lachte und füllte sich seine Nase mit einer ungeheuren Menge Schnupftabak.

„Lassen Sie lieber die Finger davon. Bei einem Weib zieht man hier immer den Kürzeren!“

„Dieser Tage stand eine Geschichte in der Zeitung!“ sagte Wittkamp, der viel zu lesen pflegte. „Also in einem Ehegerichtsprozeß hier in Neuhorst wurde festgestellt, daß die Frau ihren Mann acht Tage in ein Zimmer gesperrt hatte und ihm nichts zu essen gab. Während dessen trieb sie sich mit ihren Freunden herum. Dem Mann gelang es endlich zu entfliehen. Aber jetzt klagte die Frau wegen böswilligen Verlassens und ließ den Mann verhaften und ins Gefängnis bringen. All kein Protestieren half nichts, man glaubte einfach der Frau.“

„Aber hier ist doch keiner am Tisch, der sich so etwas von seiner Frau gefallen ließe!“ warf Bender wieder ein.

„Wir sind auch noch alle keine Amerikaner. Wer hier erst ein paar Jahre ist, der lernt es schnell, keine Frau zu belien. Man bringt ihr des Morgens den Kaffee und die Zeitung ans Bett. Man wickelt ihr die Stiefel und macht Einkäufe. Man legt die Dielen und ist froh, wenn man Samstags den Wochenlohn abliefern kann. Ich habe einen Bekannten, der hat sich das Rauchen und Trinken abgewöhnt. Von dem Ersparten macht die Frau jährlich eine Badereise.“

Die Männer lachten alle, und Wels erzählte noch von keiner Frau in seinem Hause, die immer ihren Mann mißhandelte. Eines Tages antwortete sie Frau Wels auf die Frage, was denn heute wieder in ihrer Wohnung los sei: „Ich treue mein Höschen.“

Wittkamp verstand noch nicht so viel deutsch-amerikanisch und Wels erklärte ihm, daß sie sagen wollte: „Ich erziehe meinen Mann.“

Das Wort ging um den ganzen großen Tisch herum. Man lachte und spottete über die Panik. Aber bei den meisten war darin ein wenig Selbstironie, denn man sah ihnen an ihren ganzen Wesen und Gebaren an, wie sehr sie bemüht waren, diesen Panikmonkeys alles nachzumachen.

„Silentium für die Musik!“ rief jetzt der Manager durch das Lokal. Wels behauptete, dieser Mann sei ein früherer österreichischer Offizier, und er sah auch noch ganz lächelnd aus, trotz seines vollen Bäuchlchens, und der stark gewöhnliche Schurz hart strakte unternehmend in die Höhe. Nur der Kneifer ließ jeden Augenblick von der viel zu zierlichen Nase herunter, und er hatte große Mühe, ihn immerfort wieder an seine Stelle zu setzen.

Der Musiker schlug ein paar Akkorde auf dem alten Klavier an, das auch jedenfallig in Europa Schiffbruch gelitten und deshalb nach Amerika ausgewandert war. Aller Augen aber richteten sich auf den berühmten Gesangsleiter Mr. Bernardo Schumann, der keine ganz fettglänzende Persönlichkeit langsam in Positur setzte.

(Fortsetzung folgt.)



frühe Jahre in Mittelschicht gezogen und dem Staate große Unkosten für die Ausbesserungen verursacht. — Bei (Soz.) hält die Begründung für die Ausgaben zu gering und führt die niedrigen Pachtpreise an, die auf den verschiedenen Stadtblöcken bezahlt werden. Das Gut in Behlendorf bringe nur 16 000 Mk. ein, dasjenige in Moislung 17 882 Mk. Viele Pachtpreise seien unter ganz anderen Verhältnissen abgeschlossen worden. Wenn der Staat in anderen Fällen in privatrechtliche Verhältnisse eingreife, könne diese Frage auch hier einmal erwogen werden. Bei gutem Willen sei eine Milderung der Pachtpreise möglich. Wenn der Pächter in Behlendorf ein einziges Pferd im Jahre verkaufe, habe er die ganze Jahrespacht heraus. Würden die Verhältnisse umgekehrt liegen, dann wären die Pächter die ersten, die sagten, sie können ihre Pacht nicht mehr bezahlen. — Senator Dr. Kallbrenner ist der Ansicht, daß geschlossene Verträge gehalten werden müßten. Sollten andere Staaten mit ihren Domänen in dieser Beziehung Änderungen treffen, dann würde allerdings auch die Finanzbehörde die Verträge prüfen. — Schulmerich (Dem.) fordert für die Neuaufwendungen des Behlendorfer Gutes auch 1 über 2 Prozent Amortisation. — Die Senatsvorlage wird angenommen.

16. Antrag: Erhöhung des Schulgeldes. — S. Ehlers (Soz.) ergänzt den Ausschussbericht. Es handle sich jetzt nur um ein Provisorium. Der Ausschuss sei der Meinung, daß die Schullasten künftig von der Allgemeinheit getragen werden müßten, daß also auch Jungfrauen, Jungfrauen und kinderlose Familien herangezogen werden. Der Senat sei leider dem Ersuchen des Reichsministers, bis zum 15. April Stellung zur Schulsteuer zu nehmen, nicht nachgekommen. Der Ausschuss habe jetzt den Mindestbeträgen eine kleine Erleichterung geschaffen. Das Schulgeld sei freilich für viele noch viel zu hoch und treffe sie um so schwerer, weil auch die Lehrmittel hohe Kosten verursachen. Erleichterungen seien nach der Kinderzahl geschaffen. Wenn die Kinder verschiedene Schulen besuchen, müssen immer die ältesten den höchsten Satz bezahlen. Der Bericht der Oberschulbehörde über die Mittelschulen sei recht dürftig ausgefallen. — Senator Kulenkamp erklärt, der Senat habe keine Zeit gehabt, sich auf die Anfrage des Reiches zur Schulsteuerfrage zu äußern. Der deutsche Städtetag habe sich gegen die Erhebung einer Schulsteuer ausgesprochen. Das Schulgeld werde vorerst voll erhoben. Es muß bei der beantragten Ermäßigung später der Nachweis über das steuerbare Einkommen gebracht werden. Dann werde das Mehrzahlte erstattet resp. angerechnet. — Frau Landau (D.) beantragt, auch den Eltern der Kinder höherer Schulen bis 15 000 Mark 50 Prozent Ermäßigung zu gewähren. — Senator Dr. Kallbrenner erklärt, bei der jetzigen Finanzlage könne der Staat auf das Schulgeld nicht verzichten. Die Schullasten des Staates seien um das achtfache gestiegen. — Dr. Wittner (fraktionslos) ist der Ansicht, daß wir selbständig eine Schulsteuer erheben könnten; den Versuch hätte man in Lübeck machen sollen. Aber hier werde genau so gehandelt wie im Reich. Dort stehe die Reichsverfassung auf dem Papier, die Grundrechte der Deutschen jedoch würden mißachtet. — Senf (D.M.) bringt Wünsche für die landwirtschaftliche Winterschule und die Gärtnerchule vor. — Ambrosius (Dem.) wendet sich gegen den Ausspruch Dr. Wittners, der Ausschuss handle bei seinen Arbeiten scherzhaft. Herr Dr. Wittner hätte jederzeit der Bürgerchaft eine Vorlage über Schulsteuer einbringen können. — Senator Kulenkamp erklärt, es liege der Oberschulbehörde fern, bei der Erhebung des Schulgeldes Schwierigkeiten zu machen, aber der Nachweis des versteuerten Einkommens müsse erbracht werden. — S. Ehlers (Soz.) verweist darauf, daß das Finanzamt jedem Bescheid über sein zu versteuerndes Einkommen gehen müsse. — Senf (D.M.) tritt, bei ganzem oder teilweisem Erlaß des Schulgeldes besonders die ländlichen Beamten zu berücksichtigen. — Der Antrag von Frau Landau wird abgelehnt, die Senatsvorlage nach den Vorschlägen des Ausschusses angenommen. Ebenso das Ersuchen, beim Reich für Erhebung einer Schulsteuer einzutreten.

17. Antrag: Einrichtung einer Landeswandrührerei und Bühnenberatungsstelle. — Fr. Bartels (Dem.) hält die Vorlage für unrentierbar mit derjenigen der Verstaatlichung der Leihhallen. Die Vorlage sollte abgelehnt werden. — Schermer (S.) ist für Ueberweisung der reichen Schätze der Leihhallen an die Landgemeinden freuten sich, daß sie in den Besitz guter Bücher gelangen. Jetzt beantrage man Ablehnung der Vorlage und wolle dadurch alles rückgängig machen, bis der Senat Stellung zur Frage der Bühnen- und Leihhallen genommen habe. Redner empfiehlt Annahme der Vorlage und baldige Verstaatlichung der Bühnen- und Leihhallen. — Vom Senat ist zu betonen, daß die Bestrebungen des Stadtbibliothekars auf gutem Boden gefallen seien. Was heute gewährt werden könne, solle man nicht noch monatlang vorantreiben. — Pastor Kantiß fordert erst Lösung der Verstaatlichungsfrage der Bühnen- und Leihhallen. Diese komme für die Einrichtung einer Wanderrührerei nur in Frage. — Weiter wurden die 2000 Mk. Aufwandsgehalt für den Leiter kritisiert. Dieser sei dies nicht üblich gewesen. — Vom Senat ist zu betonen, diese Summe sei ausschließlich für besondere Aufwendungen ausgelegt. — Schermer (Soz.) verweist darauf, daß die Bühnen- und Leihhallen seit Jahren Gelegenheit gehabt habe, eine Landeswandrührerei einzurichten. — Der Senatsantrag wird angenommen. — 10 Uhr.

## Danzig und Polen.

Die Danzig-polnischen Wirtschaftsverhandlungen haben abermals zu keinem Ergebnis geführt. Die Danziger Delegation hatte sich bemüht die polnischen Wünsche in Einklang mit den Lebensinteressen Danzigs zu bringen, und hatte der polnischen Delegation dementsprechende Vorschläge überreicht. Die Verhandlungen stehen sich gut an, erfordern jedoch zuletzt dadurch eine neue Beeinträchtigung, daß die polnische Regierung erneut auf der Forderung der vollen Einverleibung Danzigs in das polnische Wirtschaftsgebiet beharrt.

Polen verlangt die Aufhebung jeder Zoll- und Wirtschaftsgrenze zwischen Danzig und Polen und Danzigs Gleichstellung mit den ehemals westpreussischen Städten. Die Folgen, die sich aus einem derartigen Anschluß Danzigs an Polen ergeben würden, werden besonders klar, wenn man die wirtschaftliche Lage des ehemaligen Westpreussens und Nordpolens betrachtet. Dem Reisenden in diesem Gebiet stellen sich zwei Tatsachen sofort deutlich vor Augen. Ein beinahe völliger Mangel an Waren aller Art und eine ungeheure Preissteigerung für alle Gegenstände des täglichen Bedarfs. Textilwaren sind nur in ziemlich minderwertigen Qualitäten und nur zu so hohen Preisen vorhanden, daß die Waren, selbst wenn man sie in deutsche Valuta umrechnet, noch sehr teuer erscheinen. Ein fertiger Anzug aus schlechtem Stoff kostet in Bromberg zum Beispiel 12—15 000 Mark. Damenkleiderstoffe minderer Qualität das Meter nicht unter 1200—1500 Mark. Die Lebensmittelpreise halten sich in folgender Höhe: Ein polnisches Pfund Fleisch kostet 60—70 Mark, ein 3/4 Pfund schweres Brot 25 Mark ein Zentner Kartoffeln ca. 180 Mark.

Man darf bei der Betrachtung dieser Preise die deutsche Valuta keineswegs als Maßstab heranziehen, denn die wirtschaftliche Lage der Bevölkerung ist so schlecht, daß diese Preise für dortige Verhältnisse ganz außerordentlich hoch sind. Es gibt in Polen Optimisten, die sagen, daß sich die Verhältnisse in dem Augenblick bessern, in dem Deutschland seine Wirtschaftsbeziehungen zu Polen wieder aufnimmt und die Grenzen öffnet, um Polen mit den Produkten zu versorgen, die es dringend braucht und die es sich aus einem anderen Land zurzeit nur schwer beschaffen kann. Das ist insofern richtig, als der polnische Handel tatsächlich unter einem erheblichen Mangel an Waren leidet und die Preise da-

durch zum Teil stark verteuert sind. Aber auch wenn Deutschland seine Grenzen öffnet und durch kräftigen Import die Lebensfähigkeit des polnischen Handels der Industrie und der Landwirtschaft gehoben wird, werden sich die Verhältnisse noch lange nicht bessern. Der niedrige Stand der polnischen Mark drückt dem gesamten Wirtschaftsleben seinen Stempel auf.

Ein gut Teil Schuld daran trifft die polnische Regierung, die durch die Einführung des Valutagesetzes die einstmals so blühenden Provinzen Westpreußen und Posen wirtschaftlich völlig heruntergebracht hat. Selbst ausgesprochen nationalistische polnische Zeitungen, wie der „Dziennik Bydgoski“ müssen dies eingestehen. In der Tat ist durch die Gleichstellung der polnischen Mark in Polen und Pommern mit der deutschen Mark in allen Werten nicht die Hebung der polnischen Valuta erreicht worden, die die Markhauser Regierung anstrebte, sondern alle Posen und Deutschen, die in diesen Gebieten Grundbesitz, industrielle Anlagen usw. hatten, sind notorisch verarmt. Rentner und Leute, die ihre Kapitalien in Hypotheken und Unternehmungen investiert hatten, haben durch diese Gleichstellung so viel verloren, daß sie jetzt als Tagelöhner und kleine Angestellte ihr Dasein fristen müssen. Auf der anderen Seite müssen außerordentliche Löhne und Gehälter bezahlt werden. Die Stadt Bromberg zahlt jährlich 77 Millionen allein an Beamtengehältern. Dabei sind diese Summen noch gering bemessen. Es herrscht in Posen und Westpreußen ein allgemeiner Mangel an Beamten, da die einheimischen Polen und die Deutschen der polnischen Schriftsprache nicht so mächtig sind, daß sie als Beamte in irgend welche Behörden eintreten könnten. Die polnische Regierung ist infolgedessen gezwungen, Beamte aus Kon-greßpolen und Galizien einzuführen, die aber einmal höchst unbillig sind und zum andern die von Preußen übernommene Verwaltungstechnik und die Verordnungen des Landes nicht kennen.

An dieses wirtschaftlich vollständig darnieder liegende Land soll der freie Staat Danzig nun in der Weise angegliedert werden, daß er völlig in die Wirtschaftseinheit einbezogen wird. Pommern und Danzig sind wirtschaftlich allerdings insofern auf einander angewiesen, als Danzig aus dem westpreussischen Hinterland seinen Lebensmittelpfand bezieht. Für Pommern aber ist Danzig der wichtigste Handelsplatz. Natürlich kann aber Danzig nur dann dazu beitragen, Polens wirtschaftliche Lage zu bessern, wenn man ihm im Rahmen der abzuschließenden Wirtschaftsverträge die Freiheit des Handels uneingeschränkt läßt, wenn man ihm nicht, wie das durch seine Einbeziehung in das polnische Wirtschaftsgebiet geschieht, die Selbstständigkeit nimmt, Waren zu importieren, die es dann weiter an Polen geben kann. Von dem Augenblick an, in dem Danzig in das polnische Wirtschaftsgebiet einbezogen wird, hat die freie Stadt Teil an allen polnischen Schwierigkeiten, leidet nicht nur unter den Handelsbeschränkungen, unter denen Polen jetzt leidet, sondern sein Kredit verringert sich auch auf das Mindestmaß an Kredit, das Polen in der Welt genießt. Danzig kann für Polen nur dann etwas sein, wenn es gewissermaßen ein Freihandelsgebiet wird, aus dem Polen und alle Länder, die über Danzig Handel treiben, ihren Bedarf decken können. Nur auf diese Weise wird Danzigs Stellung in der Welt gesichert, und Polen hat dann eine Quelle, aus der es unbehindert die Kräfte schöpfen kann, die es zum Aufbau seiner Wirtschaft notwendig braucht.

## Aus aller Welt.

Schwindel einer Goldkauferbande. Eine Nebenbühne Schwindler- und Räuberbande wurde durch die Berliner und Ulmer Kriminalpolizei unschädlich gemacht. Ein gewisser Schmidt aus Berlin war auf der Suche nach einem Gelbmann, der mit ihm durch Vermittlung einiger anderer Personen Goldstücke aufkaufen sollte, die Bauern in der Gegend von Ulm besaßen sollten. Es sollte sich um ungefähr 1800 Zwanzigmarkstücke handeln, die die Bauern besäßen und die diese zu einem günstigen Preise einzuwecheln wollten. Schmidt fand auch einen Mann, der sich schließlich bereit erklärte, mit ihm die Fahrt dorthin zu unternehmen, um das Geschäft zu machen. Es war dies der Kriminalwachmeister Reimer des Berliner Polizeipräsidiums, der vermutete, daß es sich um ein geplantes Verbrechen handele. Als vermeintlicher Käufer fuhr er mit Schmidt nach Ulm, wo er mit den angeblichen Aufkäufern, einem gewissen Engler und Bachmann, beide aus Neudöfen, zusammentraf. Zu ihnen gehörte außerdem noch eine Ida Müller aus Berlin und zwei Ulmer namens Jakob Holborn und Friedrich Rube. Die dort eingeleiteten Unterhandlungen wegen des Goldkaufs waren aber zur Kenntnis der Ulmer Kriminalpolizei gelangt und der Berliner Kriminalwachmeister und Schmidt wurden in ihrem Hotel verhaftet. Der Beamte klärte die Sachlage jedoch bald auf und mit Unterstützung der dortigen Kriminalpolizei gelang es bald, die ganze Gesellschaft hinter Schloß und Riegel zu bringen. Die Vernehmungen ergaben, daß die Gesellschaft beabsichtigt hatte, dem Goldkaufer auf dem Wege nach den Bauernhöfen entweder das Geld abzuschwindeln oder ihn betrunken zu machen und es ihm gewaltsam abzunehmen.

Der Flieger Emil Jeannin festgenommen. In Schöneberg bei Berlin wurde der bekannte Flieger Emil Jeannin verhaftet. Er wird dringend verdächtig, sich an einer Reihe minderjähriger Mädchen vergangen zu haben. Die Festnahme erregte im Berliner Westen und besonders im bayerischen Viertel großes Aufsehen.

Einen erneuten Ausbruchversuch unternahmen Gefangene des Sörliger Zuchthauses. Sie durchbrachen die Wand des Schlafsaales, überwältigten den wachhabenden Beamten der alldeutschen Weise nicht verletzt wurde, entriß ihm die Schlüssel und öffneten die Türen der Zellen. Sie drangen weiter vor, bis sie von Spol-Beamten mit Feuer empfangen wurden. Die Ruhe wurde wiederhergestellt. Wegen die Mordanschläge sind die strengsten Maßregeln ergriffen worden, entgegen ist keiner der Gefangenen.

Urkundenfälschung eines Kreisrichters. Die Kaiserliche Straf-kammer hat den Kreisrichter Albert Gyporra aus Ragnit, der den Namen eines Malermeisters in dessen Abwesenheit unter eine Zulassungserklärung zur Annahme einer demokratischen Kreisratskandidatur gesetzt hatte, wegen Urkundenfälschung zu einer Woche Gefängnis verurteilt.

Schiffbrand. Wie Ovas aus New York berichtet, brach an Bord des amerikanischen 10 000-Tonnen-Dampfers „Wanhande State“ Feuer aus. Das Schiff mußte bei Ellis Island auf Strand gesetzt werden.

Strohe Valutahummel in Oesterreich. Die Polizei verhaftete in Wien einen bulgarischen Staatsbürger türkischer Nationalität namens Nisim Present, der im Auftrag einer Wiener Gesellschaft einen großen Valutahummel für eine auswärtige Bekandtschaft durchführte. In dem Gepäck Present's, das die ersten Sichel einer Wiener Gesellschaft trug, wurden zwölf Millionen österreichischer Kronen vorgefunden. Es wurde festgestellt, daß Present auch für einen italienischen Staatsbürger Valutahummel durchführte. Die Polizei hat weiter festgestellt, daß der betreffende Beamte selbst die Siegelung der Gepäckstücke vorgenommen und daher an dem großen Schmutz, welcher hier großes Aufsehen erregt, direkt beteiligt ist. Der Gefangene ist der Vertreter einer außereuropäischen Macht.

Schiffsanlage in Europa. Riesige Heuschreckenschwärme haben in diesen Tagen Spanien und das französische Rhonegebiet heimgesucht. In Frankreich sind 20 Ortschaften, darunter Arles, Aramis und Nîmes, auf das Schreckliche geschlagen. Alle landwirtschaftliche Arbeit wurde zum Stillstand gebracht, und die

Bevölkerung hat eine dringende Bitte an die Regierung gerichtet, Truppen zu senden, die sie in ihren Maßnahmen gegen diese Plage unterstützen. Die Heuschrecken zerstören alles, was auf den Feldern bereits herangewachsen ist, und die Behörden senden große Mengen giftiger Gase in die betroffenen Gebiete, um diese Pest auszurotten. In Spanien ist die Heuschrecke so groß, daß ein Zug zwischen Saragossa und Escatron nicht weiterfahren konnte, weil sich auf dem Schienenweg ein Heuschreckenschwarm niedergelassen hatte und die Schienen so glitschig geworden waren, daß die Räder nicht von der Stelle kamen. In ähnlicher Weise sind auch schon Züge in Ägypten, Italien und anderswärts durch Heuschreckenschwärme zum Stillstand gezwungen worden.

## Handel und Industrie.

### Devisen-Kurse.

Hamburg, 28. Mai.

Amliche Devisennotierung an der Hamburger Börse.

	28. Mai.	21. Mai.
Holland	100 fl.	2185.—
Kopenhagen	100 Kr.	1092.50
Stockholm	100 Kr.	1415.—
Kristiania	100 Kr.	927.50
Helsingfors	100 Finn. Mk.	127.—
Schweiz	100 Frs.	1680.—
Wien (all)	100 K.	—
do. (neu)	100 K.	15.50
Budapest	100 K.	27.62
Prag	100 K.	88.75
Spanien	100 Pesetas	810.—
London	1 £	240.75
Paris	100 Frs.	528.—
Belgien	100 Frs.	528.—
Italien	100 Lire	337.50
Bukarest	100 Lei	—
N. York telegr. Ausz.	1 Doll.	60.87
do. briell. Ausz. od. Scheck		60.12

## Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Angelommen am 23. Mai 1921.

Dampfer	Segler	Schiffsname	Kapitän	Herkunftsport	Fahrtzeit
D.		Gothmund	Göy	See	18

Angelommen am 24. Mai 1921.

D.		Otto Jppen 21	Dansen	Riel	8
D.		Gebstor	Möller	Riel	1
D.	E.	Ebelgard	Brede	Helsingborg	8
D.		Wib. Kühle	Christlieb	Offens	12
D.		Thorvöft	Peterfen	Abso	8
D.		Aranda	Holmweg	Abso	2 1/2

## Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ ist Joeben das 8. Heft vom 2. Band des 39. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes geben wir hervor: Zur Schulfrage. Ein französischer Entlastungszeug. Von Ferd. Tönnies. I. — Neue Wege der Oper. Von Dr. Alfred Guttmann (Berlin). II. (Schluß). — Autokratisches Wirtschaftsentwicklungs. Von Erich Nagel. — Eine Volkshochschulbibliothek. Von Karl Vorländer (Münster i. Westf.). — Literarische Rundschau: Dr. Hans Konrad, Das ländliche Siedlungs-wesen. Von A. Lipshitz. Dr. Max Apel, Die Philosophie auf der Volkshochschule. Von E. W. N. Rudolf Lämmel, Wege zur Relativitätstheorie. Von M. Schöen.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kuponreue zum Preise von 19.50 Mk. das Vierteljahr zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur für das Vierteljahr bestellt werden. Das einzelne Heft kostet 1.50 Mk. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Der Frauen Hausjahk betitelt sich ein demnächst im Verlage von Auer & Co. in Hamburg erscheinendes Jahrbuch für Arbeiterfrauen und -mädchen. Das Erscheinen dieses Buches ist mit Freude und mit Genugtuung zu begrüßen; denn es füllt eine Lücke aus, die sich von Jahr zu Jahr im Gegensatz zur bürgerlichen Frauenliteratur stärker bemerkbar machte. Auf den reichen Inhalt dieses Buches, das in feinem Arbeiterhaushalt fehlen darf, werden wir feinerzeit ausführlicher hinweisen.



schwarz / gelb / braun / rotbraun. Allehandl. Vened. & Mark. Mainz

**Freibadeanstalt Moislung**  
Eröffnung am Mittwoch, dem 25. Mai 1921.  
Für die Benutzung einer Kabine sind 20 Pfg. zu entrichten.

**Badeanstalten Schlutup und Danischburg**  
Eröffnung am Mittwoch, dem 1. Juni 1921.  
Für die Benutzung der Badeanstalten sind zu entrichten: von Erwachsenen 30 Pfg., von Kindern 10 Pfg. für die Benutzung einer Kabine sind 20 Pfg. zu entrichten. (9192 Das Volkstheater)

**Maurergehilfen**  
stellt ein (2201) **H. Wandke u. Sohn,** Maurermeister, Geibelplatz 21.

**Junges Mädchen**  
für leichte Arb. n. d. Lande gel., 15—17 Jahre. (2208) Näh. Kronsf. Allee 127 a. II. r.

**2 Schlosserlehrlinge ges.**  
**Meier,** Schlosser, Brandenburger Siedlung 4  
Erf. f. d. möbl. Z. v. a. G. (2164) Seestraße 40 p. l.